

# STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

22. JAHRGANG

SEPTEMBER 1969



## INHALT

Seite

Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1968	209
Schwerpunkte der Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1968	211
Die Gasversorgung im Jahre 1968 und ihre Entwicklung seit 1955	216
Löhne und Arbeitszeiten der Industriearbeiter im Oktober 1966	224
Entwicklung der Anbauverhältnisse im Weinbau seit 1964	230
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	65*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	71*



HERAUSGEBER  
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS





# BUNDESTAGSWAHL

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz wird, wie bisher, bei der Bundestagswahl 1969 um eine möglichst schnelle Veröffentlichung der Wahlergebnisse bemüht sein. Folgende Veröffentlichungen sind vorgesehen:

## STATISTISCHE BERICHTE

### **BW 1969/2 Vorläufige Ergebnisse der Bundestagswahl**

Umfang ca. 12 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 1,—

Mitteilungen des Landeswahlleiters von Rheinland-Pfalz mit Angaben für das Land, die Wahlkreise und für die kreisfreien Städte und Landkreise sowie mit einem Namensverzeichnis der in den Wahlkreisen Gewählten.

! Erscheint bereits am Tag nach der Wahl !

### **\* B III 1 - 69 Endgültige Ergebnisse der Bundestagswahl**

Umfang ca. 16 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 1,—

Dieser Bericht enthält die endgültigen Ergebnisse der Bundestagswahl in Rheinland-Pfalz nach Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken einschließlich der Briefwahlresultate sowie die Wahlresultate und Sitzverteilung im Bundestag nach Ländern. Erscheint voraussichtlich Ende Oktober.

### **\* B III 1 R - 69 Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik**

Umfang ca. 4 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM —,50

Der Bericht gibt Aufschluß über Wahlbeteiligung, Wahlverhalten und Wahlentscheidung von Männern und Frauen nach Altersgruppen. Erscheint voraussichtlich Ende Oktober 1969.

## STATISTISCHE MONATSHEFTE

Eine eingehende, durch Übersichten und Schaubilder bereicherte textliche Interpretation der Wahlergebnisse (einschließlich der repräsentativen Wahlstatistik) erfolgt voraussichtlich bereits im Novemberheft der Statistischen Monatshefte.

## STATISTIK VON RHEINLAND-PFALZ

### **Band 203 Die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag in Rheinland-Pfalz**

Umfang ca. 220 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis ca. DM 8,—

Der Band enthält außer einer ausführlichen textlichen Erläuterung, in die auch die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik einbezogen sind, im Tabellenteil die Ergebnisse des Bundes und der einzelnen Bundesländer, für Rheinland-Pfalz neben den Wahlkreis- und Verwaltungsbezirksergebnissen auch die Wahlresultate in den Gemeinden und Verbandsgemeinden. Der Band wird voraussichtlich im Frühjahr 1970 erscheinen.

Die Veröffentlichungen sind über den Buchhandel oder mittels der eingelebten Bestellkarte direkt beim Statistischen Landesamt zu bestellen.



In allen vorgenannten Veröffentlichungen sind zu Vergleichszwecken die Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl 1965 und der Landtagswahl 1967 enthalten.



Ich bestelle hiermit:

- ..... Ex. des Statistischen Berichts BW 1969/2  
    **“Vorläufige Ergebnisse der Bundestagswahl 1969”**  
    zum Preis von DM 1,—
  
- ..... Ex. des Statistischen Berichts \* B III 1 - 69  
    **“Endgültige Ergebnisse der Bundestagswahl 1969”**  
    zum Preis von DM 1,—
  
- ..... Ex. des Statistischen Berichts \* B III 1 R - 69  
    **“Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik”**  
    zum Preis von DM —,50
  
- ..... Zusatz - Ex. des Statist. Monatsheftes 11/69 mit dem Aufsatz  
    **“Die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28.9.1969”**  
    zum Preis von DM 2,—
  
- ..... Ex. des Bandes 203  
    **“Die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag in Rheinland - Pfalz”**  
    zum Preis von ca. DM 8,—

Absender: \_\_\_\_\_

(       ) \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Stempel und Unterschrift

**Statistisches Landesamt  
Rheinland - Pfalz**

**ZD/Druck und Verlag**

**5427 BAD EMS**

**Mainzer Straße 15/16**



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## RHEINLAND-PFALZ

22. Jahrgang

Heft 9

September 1969

### Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1968

Erste vorläufige Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1968

Mit Wirkung vom 1. Januar 1968 ist die bis dahin geltende Bruttoumsatzsteuer durch eine Nettoumsatz- oder Mehrwertsteuer abgelöst worden. Obwohl in das neue Umsatzsteuerrecht ein großer Teil der Begriffe und technischen Regelungen des alten Gesetzes und auch das Prinzip der Allphasenbesteuerung übernommen wurde, hatte der Systemwechsel doch tiefgreifende Auswirkungen, und zwar vor allem im Hinblick auf das Rechnungswesen der Unternehmen und das Preisgefüge.

Die steuerrechtlichen Änderungen und ihre Folgen machen sich naturgemäß auch in den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik bemerkbar, die entsprechend dem durch das Gesetz über Steuerstatistiken festgelegten zweijährigen Erhebungsturnus für das erste Jahr nach der Umsatzsteuerreform bundeseinheitlich durchgeführt wurde. Grundlage der Erhebung bildeten wie in früheren Jahren Angaben aus den sogenannten Umsatzsteuer-Überwachungsbogen, die von den Finanzämtern anhand der Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Steuerpflichtigen geführt werden. Die vorliegenden, vorweg aufbereiteten Ergebnisse geben einen ersten vorläufigen Überblick über die Verteilung der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen, der Umsätze und deren Steuerbelastung auf die Wirtschaftshauptbereiche nach Einführung der Mehrwertsteuer.

#### 1. Umsatzsteuerpflichtige

Nach den Angaben der Finanzämter waren für 1968 rund 160 000 Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz zur Umsatzsteuer zu veranlagern. Davon sind 110 810 Steuerpflichtige auf Grund der Umsatzsteuer-Voranmeldungen in die Statistik einbezogen worden. Nicht erfaßt wurden alle Steuerpflichtigen mit einem Jahresumsatz unter 12 000 DM und solche Unternehmen, deren Jahressteuerschuld 360 DM nicht überstieg und die deshalb von den Finanzämtern im allgemeinen von der Verpflichtung zur Abgabe einer Voranmeldung und Entrichtung der Vorauszahlung entbunden waren.

Von 100 erfaßten Steuerpflichtigen entfielen die meisten, nämlich durchschnittlich 35, auf das verteilende Gewerbe. Davon waren 24 Einzelhändler. Bei 30 Steuerpflichtigen lag der wirtschaftliche Schwerpunkt der Tätigkeit im produzierenden Gewerbe, davon bei 25 im handwerklichen Bereich. Zu den als übrige Wirtschaftsbereiche zusammengefaßten Gewerbe- und Berufszweigen, das sind in

erster Linie Dienstleistungsunternehmen, zählten fast 28 und zur Land- und Forstwirtschaft rund 8 von 100 Steuerpflichtigen.

Ein Vergleich dieser Ergebnisse mit den entsprechenden Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 1966 ist wegen der zum Teil erheblichen Auswirkungen der umsatzsteuerrechtlichen Änderungen auf den Erfassungsbereich nur bedingt möglich. Die Gegenüberstellung zeigt zwar, daß für 1968 insgesamt 2% mehr Steuerpflichtige nachgewiesen sind als zwei Jahre zuvor, doch ist diese Entwicklung ausschließlich auf den Zugang an steuerpflichtigen Land- und Forstwirten sowie Handelsvermittlern zurückzuführen. Sämtliche anderen Wirtschaftsbereiche verzeichneten dagegen Abnahmen.

Die wesentlich erhöhte Zahl der Steuerpflichtigen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft ist maßgeblich eine Folge der Besteuerung von Land- und Forstwirten mit bestimmten Getränkeumsätzen (Wein, Obst- und Traubensäfte, Spirituosen), die ab 1968 einer zusätzlichen Steuer gemäß § 24 Abs. 1 Satz 3 UStG unterliegen. Von den in Rheinland-Pfalz erfaßten 8 548 land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen waren allein rund neun Zehntel Weinbaubetriebe. Der in der Handelsvermittlung festzustellende Zugang an Steuerpflichtigen dürfte vor allem auf den Wegfall des bisher als Erfassungsgrenze dienenden besonderen Freibetrags von 20 000 DM und damit auf die Einbeziehung von Steuerpflichtigen mit Jahresumsätzen zwischen 12 000 und 20 000 DM zurückzuführen sein. Das gleiche trifft zwar auch für Makler und verschiedene freie Berufe zu, doch dürfte der daraus resultierende zahlenmäßige Zuwachs bei den übrigen Wirtschaftsbereichen durch den Ausfall der Ärzte, Zahnärzte und anderen Heilberufe, deren gesamte heilberufliche Tätigkeit (mit Ausnahme der tierärztlichen) von der Steuer befreit wurde, weit überkompensiert worden sein. Vermindernd wirkte sich auch aus, daß die frühere Ausgliederung von Energie-, Versorgungs-, Verkehrs- und Krankenhausumsätzen aus den kombinierten Umsätzen von Wirtschaftsunternehmen der Gebietskörperschaften und die wirtschaftliche Zuordnung dieser Umsätze nicht mehr möglich war.

Zu einem teilweisen Rückgang an Steuerpflichtigen dürfte schließlich der häufige Verzicht der Fi-



Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige		Steuerbarer Umsatz 1)		Bruttoumsatz 2)	Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer 3)	Steuer für den Selbstverbrauch	Vorsteuer	Umsatzsteuer-vorauszahlung	Steuerpflichtige mit vergleichbaren Vorjahresumsätzen			
										Steuerpflichtige	Umsatz 1967	Bruttoumsatz 1968 2)	Veränderung
	Anzahl	%	Mill.DM	%	Mill. DM					Anzahl	Mill. DM		%
Land- u. Forstwirtschaft	8 548	7,7	350	0,8	371	21	1	5	16	640	96	101	4,6
Produzierendes Gewerbe	32 987	29,8	25 000	54,9	27 098	2 172	75	1 462	592	28 759	23 031	25 387	10,2
Industrie	4 627	4,2	19 762	43,4	21 395	1 696	63	1 153	442	3 827	17 771	20 248	13,9
Handwerk	27 463	24,8	5 121	11,2	5 576	467	12	303	147	24 196	5 155	5 026	- 2,6
Sonstiges	897	0,8	117	0,3	127	9	0	6	3	736	105	113	8,0
Handel	38 614	34,8	15 659	34,4	17 038	1 393	13	1 146	146	33 223	13 783	14 931	8,3
Großhandel	7 926	7,1	9 167	20,1	9 962	803	7	681	68	6 655	7 958	8 784	10,3
Handelsvermittlung	4 352	3,9	669	1,5	735	67	1	52	14	3 178	285	334	17,1
Einzelhandel	26 336	23,8	5 823	12,8	6 341	523	5	413	64	23 390	5 539	5 813	4,9
Übrige Wirtschaftsbereiche	30 661	27,7	4 535	9,9	4 856	335	13	172	151	24 009	3 516	3 667	4,2
Insgesamt	110 810	100,0	45 544	100,0	49 363	3 921	102	2 784	905	86 631	40 426	44 086	9,0

Vorläufige Ergebnisse. - 1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Steuerbarer Umsatz zuzüglich Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer, abzüglich Steuer für den Selbstverbrauch. - 3) Einschl. Umsatzsteuer der nach § 19 sowie § 24 Abs. 1 Satz 3 UStG Besteuernten.

nanzämter beigetragen haben, von Steuerpflichtigen mit weniger als 360 DM Jahressteuerschuld außer den für die Statistik zu spät eingehenden Jahreserklärungen Umsatzsteuer-Voranmeldungen anzufordern. Es ist anzunehmen, daß auf diese Weise auch verschiedene Unternehmen mit höheren Umsätzen nicht erfaßt wurden, weil sich etwa infolge hoher Abzüge für Vorsteuern oder durch die Entlastung der Altvorräte eine sehr niedrige oder sogar negative Steuerschuld ergab.

## 2. Umsätze

Eine der Konsequenzen der Umsatzsteuerreform ist die Tatsache, daß ein Gesamtumsatz im früheren Sinne nur noch in den Fällen ermittelt wird, in denen Betriebe mit einem Umsatz unter 60 000 DM nach § 19 UStG für eine weitergeltende Besteuerung nach altem Recht optiert haben. Für sämtliche übrigen Steuerpflichtigen wird zum ersten Mal der sogenannte steuerbare Umsatz nachgewiesen, der im Gegensatz zum Gesamtumsatz die kumulierten Steuerbeträge nicht mehr enthält. Einschließlich der um die Umsatzsteuer gekürzten Gesamtumsätze der nach altem Recht Besteuernten belief sich der gesamte steuerbare Umsatz im Jahre 1968 in Rheinland-Pfalz auf mehr als 45,5 Mrd. DM. An diesem Betrag war das produzierende Gewerbe mit 55% und der Handel mit knapp 35% beteiligt. Nahezu 44% wurden allein von Industrieunternehmen umgesetzt. Für die übrigen Wirtschaftsbereiche errechnet sich ein Anteil von rund einem Zehntel, für die Land- und Forstwirtschaft von weniger als 1%.

Ein Vergleich mit den Gesamtergebnissen der Umsatzsteuerstatistik 1966 ist wegen der wesentlich veränderten Zahl und Zusammensetzung der Umsatzsteuerpflichtigen nicht sinnvoll. Es bietet sich allenfalls die Möglichkeit darzustellen, wie sich die Umsätze 1968 gegenüber 1967 bei den Steuerpflichtigen entwickelt haben, die in beiden Jahren ganzjährig tätig waren. Dies setzt jedoch für 1968 die Errechnung eines Bruttoumsatzes voraus, der sich aus dem steuerbaren Umsatz und der Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge, abzüglich der Steuer für den Selbstverbrauch, zusammensetzt.

Da der Bruttoumsatz wegen der veränderten Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer nur eine Annäherungsgröße zum Gesamtumsatz darstellt, unterliegt allerdings ein Vergleich, besonders innerhalb der Wirtschaftsbereiche, gewissen Einschränkungen.

Die Steuerpflichtigen mit vergleichbaren Vorjahresumsätzen repräsentierten 1968 mehr als 78% aller erfaßten Unternehmen. Mit 44,1 Mrd. DM vereinigten sie rund neun Zehntel des gesamten Bruttoumsatzes auf sich. Dieser lag um 9% über dem im Vorjahr erzielten Gesamtumsatz. Mit Ausnahme der im produzierenden Bereich tätigen Handwerksbetriebe verzeichneten die Unternehmen aller Wirtschaftshauptbereiche Umsatzsteigerungen, insbesondere die der Handelsvermittlung (+ 17%) und der Industrie (+ 14%). Mit Zuwachsraten von mehr als 10 bzw. 8% folgen der Großhandel und das sonstige produzierende Gewerbe. Einzelhandel, Land- und Forstwirtschaft und übrige Wirtschaftsbereiche setzten zwischen knapp 5 und gut 4% mehr um als ein Jahr zuvor. Daß diese Veränderungsraten nur zum Teil Ausdruck einer echten wirtschaftlichen Entwicklung sind, sondern maßgeblich von der Umstellung des Steuersystems beeinflusst sind, zeigt sich besonders deutlich am Rückgang der für das produzierende Handwerk ausgewiesenen Umsätze um 2,6%. Mehr als in anderen Wirtschaftsbereichen machte sich hier der Übergang von der Ist- zur Sollbesteuerung bemerkbar, der vor allem im Baugewerbe beträchtliche Verschiebungen hinsichtlich der Höhe der 1968 und im Vorjahr versteuerten Umsätze zur Folge gehabt haben dürfte. Während bis 1967 der Umsatz überwiegend den tatsächlich vereinnahmten Entgelten entsprach, werden ab 1968 die rechnerisch nachgewiesenen Solleinnahmen als Umsatz erfaßt.

## 3. Umsatzsteuer

Während nach bisherigem Umsatzsteuerrecht die Umsatzsteuer für eine gelieferte Ware auf jeder Stufe, die sie im Wirtschaftsprozess durchlief, jeweils nach dem vollen Bruttoverkaufspreis (ein-



schließlich der auf den Vorstufen in den Preis eingegangenen Umsatzsteuer) bemessen war, wird die Mehrwertsteuer auf jeder Stufe letztlich nur von dem Teil des Entgelts erhoben, der auf den Vorstufen noch nicht der Besteuerung unterlegen hat. Zwar wird auch die Umsatzsteuer ab 1968, ähnlich wie die Bruttoumsatzsteuer, nach dem insgesamt erzielten Umsatz bemessen, doch wird durch die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs erreicht, daß nur die Wertschöpfung des Steuerpflichtigen umsatzsteuerbelastet bleibt.

Der allgemeine Steuersatz der Mehrwertsteuer betrug bei ihrer Einführung 10% und wurde zum 1. Juli 1968 auf 11% angehoben. Daneben sieht das Gesetz ermäßigte Steuersätze von 5% bzw. ab 1. Juli 1968 von 5,5% für bestimmte Lieferungen und sonstige Leistungen, vor allem von wichtigen Nahrungsmitteln, sowie Durchschnittsätze für bestimmte Unternehmergruppen, wie Land- und Forstwirte, vor. Schließlich wird ein großer Teil der kleinen Unternehmen weiterhin nach altem Recht, das heißt mit 4% des Bruttoumsatzes, besteuert.

Aus der Besteuerung der steuerpflichtigen Entgelte für Lieferungen und sonstige Leistungen sowie dem Eigenverbrauch der rheinland-pfälzischen Unternehmen ergab sich 1968 ein Umsatzsteuervolumen von 3,9 Mrd. DM. Außerdem waren aus der für eine Übergangszeit für neu angeschaffte Investitionsgüter zu entrichtenden Steuer für den Selbstverbrauch 102 Mill. DM aufgekommen. Die Umsatzsteuer-Belastung der Unternehmen belief sich nach Abzug der auf den Vorstufen angefallenen Vorsteuern (2,8 Mrd. DM), der Beträge zur einmaligen Entlastung des aus dem Vorjahr übernommenen Vorratsvermögens von alter Umsatzsteuer (0,3 Mrd. DM) und der Kürzungen nach dem Berlinhilfegesetz auf insgesamt 905 Mill. DM. Diese sogenannte Zahllast der Unternehmen, die letztlich über den Preis der Lieferung oder sonstigen Leistung an den Endverbraucher weitergegeben wird, entspricht jedoch noch nicht der endgültigen Mehrwertsteuer-

belastung, da Vorsteuern auch geltend gemacht werden können, bevor die Umsätze versteuert werden.

Aus den bisher vorliegenden Ergebnissen geht deutlich hervor, daß die Zahllast eines Unternehmers von der Höhe seiner Wertschöpfung abhängt. Steuerpflichtige, deren Anteil an der gesamten Steuervorauszahlung höher war als ihr Anteil an der Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuern sind in Bereichen mit erfahrungsgemäß hoher Wertschöpfung tätig, vor allem in den übrigen Wirtschaftsbereichen (Dienstleistungen), im produzierenden Gewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft. Das umgekehrte Bild zeigt sich im Handel, insbesondere im Großhandel.

Zu interessanten Feststellungen führt auch eine erste Gegenüberstellung der von Steuerpflichtigen mit vergleichbaren Vorjahresumsätzen 1967 und 1968 geleisteten Umsatzsteuer-Vorauszahlungen. Bekanntlich hatte das Prinzip des alten Umsatzsteuerrechts, die Umsatzsteuer auf allen Stufen der Produktion und Verteilung stets erneut vom vollen Bruttoentgelt einschließlich der auf den Vorstufen gezahlten Steuer zu erheben, zur Folge, daß eine Ware um so stärker mit Umsatzsteuer belastet wurde, je länger der Warenweg war (Kumulationswirkung). Daß durch die Mehrwertsteuer jeweils nur noch der Teil des Entgelts besteuert wird, der auf der Wertschöpfung des Unternehmens einer bestimmten Wirtschaftsstufe basiert, hatte nach den statistischen Ergebnissen vor allem für die Besteuerung des Handels erhebliche Auswirkungen. Die auf den Einzelhandel entfallende Zahllast ist nach der Umsatzsteuerreform auf etwa ein Drittel, die des Großhandels auf fast die Hälfte der vorjährigen gesunken. Dagegen ist in den sogenannten übrigen Wirtschaftsbereichen eine Mehrbelastung um ungefähr die Hälfte des bisherigen Vorauszahlungsbetrages zu erkennen, die jedoch nach wie vor vom Letztverbraucher zu tragen ist.

*Dipl.-Volkswirt H. W. Noe*

## Schwerpunkte der Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1968

Ab Januar 1968 war mit der Umstellung der Bautätigkeitsstatistik auf elektronische Datenverarbeitung auch ein Übergang in der Aufbereitung der Ergebnisse von der sogenannten Brutto- zur Nettomethode verbunden. Die dadurch eingetretene Änderung im Berechnungsverfahren betrifft grundsätzlich nur die Baumaßnahmen an bereits bestehenden Gebäuden, nicht dagegen den Zugang in Neubauten, auf den weiterhin mehr als 90% der fertiggestellten und genehmigten Bauvorhaben im Hochbau entfallen.

Bei der Aufbereitung nach der Bruttomethode bis 1967 erschienen die durch bauliche Maßnahmen an bestehenden Gebäuden erweiterten Wohnungen im Zugang als ganze Einheiten in ihrer neuen Größe, gemessen an der Zahl der Räume. Die Wohnungen in ihrer ursprünglichen Größe, das heißt vor Beginn der Baumaßnahmen, wurden als ganze Ein-

heiten zu den Abgängen gezählt. Rohzugang und Abgang an Wohnungen wurden damit - obwohl der Wohnungsbestand insgesamt unverändert blieb - etwas zu hoch ausgewiesen; per Saldo dürfte dabei der Nachweis der jährlich fertiggestellten Wohnungseinheiten um 3 bis 4% überhöht gewesen sein.

Nach dem Übergang auf die Nettomethode ist es nunmehr möglich, die bisher überhöhten Zahlen für Wohnungszu- und -abgänge zu bereinigen, also die Zu- und Abgänge miteinander zu saldieren, wobei die Wohnungen entsprechend der veränderten Raumzahl aus der ursprünglichen Größengruppe in die neue Gruppe umgesetzt werden.

### 1. Allgemeine Entwicklung

Obgleich 1968 die Entfaltung der Bautätigkeit im ersten Quartal witterungsbedingt stark verzögert



wurde, blieb erwartungsgemäß das Bauvolumen im Hochbau in der Größenordnung des Vorjahres. Daß der 1967 gegenüber 1966 eingetretene starke Rückgang im Fertigstellungsergebnis des Landes in Höhe von 11,3%, gemessen an den erstellten Wohnungseinheiten, sich nicht wiederholte oder noch verstärkte, war ohne Zweifel zu einem sehr wesentlichen Teil den von der Bundesregierung induzierten konjunkturstützenden Maßnahmen zuzuschreiben, wie sie sich im ersten und zweiten Konjunkturprogramm vom Frühjahr und Sommer 1967 manifestierten. Besonders das zweite Konjunkturprogramm war fast ausschließlich auf den Bausektor ausgerichtet, dem rund 90% des Auftragswertes von über 10 Mrd. DM (Bundesgebiet) zufließen; der weitaus größte Teil davon entfiel auf den Hochbau und insbesondere auf den Wohnungsbau. Das Hauptgewicht dieses Programms lag nämlich auf der Förderung des Wohnungsneubaus und der Unterstützung von Instandsetzung und Erneuerung vorhandener Gebäude und Wohnungen.

Mit einem Zugang von 28 414 Wohnungseinheiten nach der Bruttomethode blieb das Jahresergebnis 1968 in Rheinland-Pfalz, wie im vergangenen Jahr an dieser Stelle vorausgesagt, nur knapp (um 3,9%) unter dem Ergebnis von 1967 (im Bundesgebiet um 5,5%). Der echte Zugang nach der Nettomethode belief sich auf 27 335 Wohnungen, woran der öffentlich geförderte Soziale Wohnungsbau mit 4 875 Einheiten beteiligt war.

Aufgrund einiger vorliegender Indikatoren ist auch 1969 mit einem verhältnismäßig günstigen Wohnungsbautätigkeitsergebnis zu rechnen, wobei

hier für „günstig“ als Maßstab das Bauvolumen von 1968 gelten soll. Die netto über 30 000 Wohnungseinheiten liegenden Ergebnisse der Jahre 1963 bis 1966 werden wohl nicht mehr erreicht werden, es sei denn, daß die bisher noch unbedeutende Komponente bei der Bestimmung des Wohnungsbedarfsvolumens, welche mit den Begriffen „Stadt- und Dorferneuerung“ oder „Sanierung“ umschrieben werden kann, durch das in Vorbereitung befindliche Städtebau- und Gemeindeentwicklungsgesetz ein solches Gewicht erhielte, daß hier in der Bundesrepublik bald eine Sanierungsquote erreicht würde, wie dies bereits in Großbritannien der Fall ist. Hierdurch könnte der Bedeutungsschwund des einstmaligen überragenden Faktors für die Bautätigkeit, nämlich des Faktors „Nachholbedarf“, eventuell kompensiert oder gar überkompensiert werden, so daß zusammen mit der Neunachfrage nach Wohnraum durch Anwachsen der Bevölkerung und Gründung neuer Familien die Wohnbautätigkeit wieder auf ihren alten Stand steigen könnte.

Für das Jahr 1969 sieht es jedenfalls so aus, daß die erteilten Genehmigungen zum Bau von Wohnungen 1968 gegenüber 1967 (Vergleich nach der Bruttomethode) um 6,1% gestiegen sind. Das erste Halbjahr 1969 zeigt im Vergleich zu dem gleichen Vorjahreszeitraum (Vergleich nach der Nettomethode) aber einen Rückgang von 3,1%. Andererseits ist aber auch, wohl noch in Auswirkung des zweiten Konjunkturprogramms, der Anteil der bereits im Bau befindlichen Wohnungen des Bauvorrats am 31. Dezember 1968 (Bauüberhang) auf

Baufertigstellungen im Wohnbau (Errichtung neuer Gebäude) nach Gemeindegrößenklassen und Gebäudearten 1968

Gemeindegrößenklasse	Gebäude		Wohnungen		Räume			Wohnfläche		Umbauter Raum	Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	je Wohnung	1 000 qm	qm je Wohnung	1 000 cbm	1 000 DM	DM je Wohnung
Insgesamt												
unter 2 000 Einw.	6 614	49,5	8 491	34,2	44 568	38,2	5,2	871	102,6	5 397	529 220	62 327
2 000 bis " 5 000 "	2 565	19,2	3 962	16,0	19 719	16,9	5,0	381	96,2	2 302	241 711	61 007
5 000 " " 20 000 "	2 193	16,4	4 401	17,7	20 633	17,7	4,7	406	92,3	2 248	245 032	55 676
20 000 " " 50 000 "	665	5,0	2 028	8,2	8 888	7,6	4,4	168	82,8	910	105 959	52 248
50 000 " " 100 000 "	511	3,8	1 895	7,6	7 661	6,5	4,0	148	78,1	781	88 047	46 463
100 000 und mehr	822	6,1	4 047	16,3	15 318	13,1	3,8	308	76,1	1 646	195 360	48 273
<b>Insgesamt</b>	<b>13 370</b>	<b>100,0</b>	<b>24 824</b>	<b>100,0</b>	<b>116 787</b>	<b>100,0</b>	<b>4,7</b>	<b>2 282</b>	<b>91,9</b>	<b>13 284</b>	<b>1 405 329</b>	<b>56 612</b>
Ein- und Zweifamilienhäuser												
unter 2 000 Einw.	6 481	52,8	7 962	51,8	42 453	52,2	5,3	832	104,5	5 192	508 756	63 898
2 000 bis " 5 000 "	2 403	19,6	3 109	20,2	16 266	20,0	5,2	318	102,3	1 964	207 254	66 663
5 000 " " 20 000 "	1 938	15,8	2 511	16,3	13 123	16,1	5,2	269	107,1	1 577	175 913	70 057
20 000 " " 50 000 "	515	4,2	640	4,2	3 414	4,2	5,3	68	106,3	422	50 481	78 877
50 000 " " 100 000 "	380	3,1	496	3,2	2 522	3,1	5,1	53	106,9	318	37 369	75 341
100 000 und mehr	548	4,5	661	4,3	3 543	4,4	5,4	74	112,0	469	57 180	86 505
<b>Zusammen</b>	<b>12 265</b>	<b>100,0</b>	<b>15 379</b>	<b>100,0</b>	<b>81 321</b>	<b>100,0</b>	<b>5,3</b>	<b>1 614</b>	<b>104,9</b>	<b>9 942</b>	<b>1 036 953</b>	<b>67 427</b>
Mehrfamilienhäuser												
unter 2 000 Einw.	133	12,0	529	5,6	2 115	6,0	4,0	39	73,7	205	20 464	38 684
2 000 bis " 5 000 "	162	14,7	853	9,0	3 453	9,7	4,0	63	73,9	338	34 457	40 395
5 000 " " 20 000 "	255	23,1	1 890	20,0	7 510	21,2	4,0	137	72,5	671	69 119	36 571
20 000 " " 50 000 "	150	13,6	1 388	14,7	5 474	15,4	3,9	100	72,0	488	55 478	39 970
50 000 " " 100 000 "	131	11,8	1 399	14,8	5 139	14,5	3,7	95	67,9	463	50 678	36 224
100 000 und mehr	274	24,8	3 386	35,9	11 775	33,2	3,5	234	69,1	1 177	138 180	40 809
<b>Zusammen</b>	<b>1 105</b>	<b>100,0</b>	<b>9 445</b>	<b>100,0</b>	<b>35 466</b>	<b>100,0</b>	<b>3,8</b>	<b>668</b>	<b>70,7</b>	<b>3 342</b>	<b>368 376</b>	<b>39 002</b>



Bauherr	Ins- gesamt	Mit ... Räumen									
		1 und 2		3		4		5 und 6		7 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unternehmen (ohne Wohnungs- unternehmen)	2 249	423	18,8	407	18,1	707	31,4	532	23,7	180	8,0
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	4 438	117	2,6	854	19,3	1 850	41,7	1 495	33,7	122	2,7
Sonstige Wohnungsunternehmen	1 320	148	11,2	177	13,4	495	37,5	429	32,5	71	5,4
Öffentliche Bauherren	598	208	34,8	112	18,7	107	17,9	138	23,1	33	5,5
Private Haushalte	18 103	786	4,3	1 608	8,9	4 782	26,4	7 691	42,5	3 236	17,9
<b>Insgesamt</b>	<b>26 708</b>	<b>1 682</b>	<b>6,3</b>	<b>3 158</b>	<b>11,8</b>	<b>7 941</b>	<b>29,8</b>	<b>10 285</b>	<b>38,5</b>	<b>3 642</b>	<b>13,6</b>

72,8<sup>0</sup>/o angestiegen (Ende 1967: 71,7<sup>0</sup>/o). Setzt man dazu voraus, daß bei der gegenwärtig noch anhaltenden konjunkturellen Aufwärtsbewegung auch die Baugenehmigungen im zweiten Halbjahr 1969 nicht weiter ab- sondern eher zunehmen werden, so kann für 1969 durchaus mit einem Bauvolumen gerechnet werden, welches sich nicht sehr von dem des Vorjahres unterscheidet. Bei der sehr geringen Exportquote der Bauwirtschaft dürfte sich auf dieses Jahresergebnis auch die kräftige Abwertung des französischen Franc kaum auswirken.

## 2. Gesamter Wohnungsbau

Die im Jahre 1968 fertiggestellten 13 370 ganzen Wohngebäude mit 24 824 Wohnungen und 116 787 Räumen teilten sich zu 8,3<sup>0</sup>/o in Mehrfamilienhäuser und zu 91,7<sup>0</sup>/o in Ein- und Zweifamilienhäuser auf, in denen 38 bzw. 62<sup>0</sup>/o der errichteten Wohnungen lagen. Die 1967 unterbrochene Tendenz der wachsenden Bedeutung des Mehrfamilienhausbaus hat sich damit wieder fortgesetzt. 1967 hatten sich vor allem die Hauptbauherren dieses Gebäudetyps, nämlich die großen Wohnungsbau-gesellschaften, im Zuge des konjunkturellen Niedergangs mit ihren Investitionen zurückgehalten, um 1968, ermutigt durch das gewandelte konjunkturelle Klima und unterstützt durch die von Regierungsseite getroffenen Maßnahmen, verstärkt zu investieren. Infolgedessen wurden 1968 erheblich mehr Wohnungen in Mehrfamilienhäusern gebaut als 1967, die Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sanken dagegen ab. Vermutlich wird sich diese Tendenz auch 1969 fortsetzen. Die Folge war ein Absinken der durchschnittlichen Raumzahl je Wohnung von 4,8 auf 4,7, da bekanntlich der Mehrfamilienhausbau im Schnitt geringere Raumzahlen je Wohnung aufweist als der Ein- und Zweifamilienhausbau, schon weil er überwiegend in den Städten mit ihrem knappen Baulandvorrat durchgeführt wird. Die Relation betrug zum Beispiel im Berichtsjahr 3,8 : 5,3, bei der Wohnfläche stellte sie sich in qm je Wohnung auf 70,7 : 104,9.

An der Verteilung der durchschnittlichen Wohnungsflächengrößen nach Gemeindegrößenklassen hat sich gegenüber den Strukturbildern vergangener Jahresergebnisse wenig geändert. Je nach Gewicht der beiden Gebäudetypen in den Gemeindegrößenklassen bewegt sich die durchschnittliche Wohnungsflächengröße in negativer Korrelation mit der Gemeindegröße, das heißt je größer die Gemeinde ist, um so kleiner ist die Fläche. In-

folgedessen reicht die Spanne beim gesamten Wohnungsbau in ganzen Wohngebäuden von 102,6 qm je Wohnung in den Gemeinden unter 2 000 Einwohner bis 76,1 qm in den Großstädten. Gegenüber 1967 hat sich diese Spanne um 5,3 qm vergrößert, weil im Schnitt die Wohnungen in den Kleingemeinden noch größer, in den Großgemeinden dagegen noch kleiner geworden sind. Bei dieser Entwicklung spielt sicher das wachsende Masseneinkommen eine Rolle, welches gestattet, immer größere und anspruchsvollere Eigenheime außerhalb der großen Städte zu bauen, welches andererseits aber auch zu einem Bedeutungszuwachs komfortabler Klein-Appartements mit einem oder zwei Zimmern in den Großstädten führt, die heute ohne weiteres zu recht beachtlichen Preisen ihre Mieter oder Käufer finden.

Die veranschlagten reinen Baukosten einer Wohnung in ganzen Wohngebäuden erfuhren gegenüber 1967 eine leichte Erhöhung um 3,3<sup>0</sup>/o. Eine Wohnung kostete im Durchschnitt jetzt rund 56 600 DM, und damit kam der cbm umbauten Raumes auf 105,80 DM. Wie seit eh und je war die Wohnung im Ein- und Zweifamilienhaus erheblich teurer (67 400 DM) als im Mehrfamilienhaus (39 000 DM), weil sich hier die fixen Kosten der Dach-, Keller- und Heizungsanlagen nicht auf viele Wohnungseinheiten verteilen. Die Steigerungsraten bei den beiden Gebäudetypen lagen knapp über 7 bzw. 4<sup>0</sup>/o. Die absolut teuersten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern wurden mit 86 500 DM in den Großstädten, die billigsten mit 63 900 DM in den Kleingemeinden unter 2 000 Einwohner erstellt. Bei den Mehrfamilienhäusern lagen die Wohnungskosten in den einzelnen Gemeindegrößenklassen innerhalb einer erheblich kleineren Spanne.

Bei den Bauherrengruppen sind wegen der veränderten konjunkturellen Situation und der staatlichen Stützungsmaßnahmen bedeutende Verschiebungen in der Zusammensetzung im Vergleich zu 1967 eingetreten. Die von den gemeinnützigen und übrigen Wohnungsunternehmen 1966/67 gezeigte Zurückhaltung in der Investitionsneigung wurde infolge positiver unternehmerischer Erwartungen aufgegeben, so daß erhebliche Steigerungsraten und damit wachsende Anteile am Fertigstellungsergebnis verzeichnet werden konnten (16,6<sup>0</sup>/o statt 13,0<sup>0</sup>/o im Vorjahre), jedoch konnte diese Bauherrengruppe infolge des vorjährigen Rückganges in Höhe von 40,5<sup>0</sup>/o ihren alten Anteilsatz von 19,4<sup>0</sup>/o



Wohnungszugang im Wohnbau (Errichtung neuer Gebäude)  
nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen  
und Ausstattung der Wohnung 1968

Bauherr Gemeindegrößenklasse	Ins- ge- samt	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
	Anzahl	%			
Unternehmen (ohne Woh- nungsunternehmen)	2 203	1,9	1,9	98,1	98,1
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungs- unternehmen	4 437	21,2	21,2	78,8	78,8
Sonst. Wohnungsunternehmen	1 319	1,9	1,9	98,1	98,1
Öffentliche Bauherren	588	18,4	18,2	81,6	81,6
Private Haushalte	16 277	20,2	20,0	79,8	79,6
unter 2 000 Einw.	8 491	26,4	26,1	73,6	73,2
2 000 bis " 5 000 "	3 962	18,8	18,7	81,2	81,0
5 000 " " 20 000 "	4 401	16,1	16,1	83,9	83,8
20 000 " " 50 000 "	2 028	15,2	15,2	84,8	84,7
50 000 " " 100 000 "	1 895	6,4	6,4	93,6	93,6
100 000 und mehr	4 047	6,7	6,7	93,3	93,3
<b>Insgesamt</b>	<b>24 824</b>	<b>17,7</b>	<b>17,6</b>	<b>82,3</b>	<b>82,1</b>

noch nicht erreichen. Die sonstigen Wohnungsunternehmen dagegen zeigten eine enorme Steigerungsrate von über 150% und kamen damit auf einen Anteil von 5,0%. Ihr höchster Anteil in der Vergangenheit hatte 1966 bei 2,1% gelegen. Auch die übrigen Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen) boten ein ähnliches Bild, sie waren mit einer Quote von 8,4% noch nie seit Beginn des Wiederaufbaus nach dem Kriege so stark vertreten.

Die öffentlichen Bauherren und die privaten Haushalte fielen dagegen in der Wohnungsbauleistung zurück, und damit kamen letztere anteilmäßig zum ersten Mal unter die 70%-Marke (67,8%). Es hat den Anschein, als ob der erstmals in der Nachkriegszeit aufgetretene Krisenschock von 1966/67 (Furcht vor Verlust des Arbeitsplatzes und vor Verminderung des Arbeitseinkommens durch Kürzung von Überstunden und Wegfall freiwilliger Sozialleistungen der Unternehmer) tatsächlich auch auf den Bauwillen der Arbeitnehmer Rückwirkungen gehabt hat. Der größte Rückgang innerhalb der

unselbständigen Arbeitnehmer war bei den Arbeitern - der stärksten Bauherrengruppe unter den Privaten überhaupt - festzustellen.

In der Ausstattung der Wohnungen haben sich die bisherigen Tendenzen fortgesetzt. Damit verlieren die bisherigen Indikatoren der amtlichen Statistik, nämlich Ausstattung der Wohnungen mit Bad und Zentralheizung, immer mehr an Bedeutung, denn praktisch wird heute keine Wohnung mehr ohne Bad geplant, und der Anteil der Wohnungen mit Zentralheizung ist inzwischen auf 82,3% gestiegen (1967: 75,8%, 1958: 12,6%).

Die Verteilung der in ganzen Wohngebäuden fertiggestellten Wohnungen nach der Raumzahl war im Laufe der Zeit erheblichen Veränderungen unterworfen. Die Standardwohnung der 50er Jahre, die Dreiraumwohnung, welche von 1950 bis 1955 auf einen Anteil zwischen 40 und 50% kam und auch 1960 noch ein Viertel auf sich vereinigen konnte, sank bis 1968 mit 12,0% zur relativen Bedeutungslosigkeit herab, während mit wachsendem Wohlstand und damit wachsendem Komfortbedürfnis die Großwohnungen mit mehr Räumen immer mehr an Gewicht gewannen. Die Wohnungen mit fünf und mehr Räumen vereinigten jetzt immerhin schon 51,8% auf sich; 1950 waren es nur 21,4 und 1960 erst 34,7%. Der einzige Wohnungstyp, welcher im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr keinen Rückgang aufwies, waren die Ein- und Zweiraumwohnungen. Sie nahmen um 20% zu, konnten aber infolge des starken Rückganges 1967 um 35,8% ihren Anteil von 1966 (7,1%) noch nicht wieder erreichen (1968: 6,5%).

### 3. Sozialer Wohnungsbau

Mit 4 875 fertiggestellten Wohnungseinheiten - davon 4 654 im reinen Wohnbau bzw. 4 617 in ganzen Gebäuden - erholte sich zwar der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau nach dem beachtlichen Rückgang von 30% im vergangenen Jahr wieder, er kam aber bei weitem nicht an die Ergebnisse der Jahre vor 1967 heran, auch wenn man berücksichtigt, daß diese Ergebnisse durch Anwendung der Bruttomethode etwa um 3 bis 4% überhöht waren. Nach einem angenäherten Ausgleich

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (ohne Nichtwohnbau) nach Bauherren,  
Gemeindegrößenklassen und Wohnungsgröße 1968

Bauherr Gemeindegrößenklasse	Woh- nungen	Mit ... Räumen								Wohn- räume
		1 und 2		3		4		5 und mehr		
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wirtschaftsunternehmen und öffent- liche Verwaltungen	380	190	50,0	29	7,6	83	21,9	78	20,5	1 064
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2 456	43	1,7	502	20,4	1 023	41,7	888	36,2	10 289
Private Haushalte	1 818	46	2,5	150	8,3	288	15,8	1 334	73,4	10 033
unter 2 000 Einwohner	906	9	0,9	64	7,1	123	13,6	710	78,4	5 163
2 000 bis " 5 000 "	535	6	1,1	42	7,8	102	19,1	385	72,0	2 824
5 000 " " 20 000 "	1 035	39	3,8	213	20,6	320	30,9	463	44,7	4 647
20 000 " " 50 000 "	556	8	1,4	77	13,9	263	47,3	208	37,4	2 431
50 000 " " 100 000 "	727	8	1,1	143	19,7	338	46,5	238	32,7	3 105
100 000 und mehr	895	209	23,3	142	15,9	248	27,7	296	33,1	3 216
Insgesamt	4 654	279	6,0	681	14,6	1 394	30,0	2 300	49,4	21 386



der Verzerrung zwischen Brutto- und Nettoergebnissen dürfte der Anstieg 1968 im Vergleich zu 1967 über 12% gelegen haben. Der Anteil des Sozialwohnungsbaus am gesamten Wohnungsbau stieg damit von etwa 15 auf rund 18% an. Da die Zunahme vorwiegend durch die bereits mehrfach erwähnten konjunkturpolitischen Maßnahmen verursacht wurde, welche auf eine möglichst rasche Anstoßwirkung ausgerichtet waren, ist zu vermuten, daß es sich bei der zusätzlichen Bautätigkeit um größere Objekte handelte, welche sich bereits in einem gewissen Vorbereitungsstadium befanden und die nur vom unternehmerischen Wohnungsbau ausgeführt werden können, denn die privaten Haushalte reagieren im Wohnungsbau ganz sicher nicht so schnell - wenn überhaupt - auf derartige Maßnahmen. Tatsächlich stiegen denn auch vor allem die Anteile der gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen von 46,5 auf 52,8%, der sonstigen Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen) von 1,7 auf 2,0% und der Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter von 4,0 auf 5,9% an, während die privaten Haushalte erstmals auf weniger als 40% absanken (39,1%).

Daß außerdem diese Objekte vorwiegend dem Mehrfamilienhausbau in den größeren Städten und damit dem Mietwohnungsbau zugute kamen, liegt auf der Hand. Die Ergebnisse zeigen dies deutlich, denn die neu erbauten, voll geförderten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern vergrößerten ihr Gewicht von 43,4% im Jahre 1967 auf 54,5% im Berichtsjahr, die Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sanken dagegen auf einen Anteil von 45,5% ab und gerieten damit seit 1960 zum ersten Male wieder unter die 50%-Grenze. Zum großen Teil muß es sich um Appartementwohnungen gehandelt haben, denn nur die Ein- und Zweifamilienwohnungen und auch die Dreiraumwohnungen konnten ihren Anteil vergrößern, alle Wohnungen mit vier und mehr Räumen verloren dagegen an Gewicht.

Noch deutlicher wird der Schwerpunkt der konjunkturpolitisch induzierten Zusatzbautätigkeit im Sozialwohnungsbau, wenn man zu der Raumzahl der Wohnungen noch die Gemeindegröße als Gliederungsmerkmal für die Verteilung der neu erbauten Wohnungseinheiten hinzunimmt. Als auffallendstes Phänomen ist festzustellen, daß in den Großstädten über 100 000 Einwohnern die Ein- und Zweiraumwohnungen, welche überwiegend von Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Verwaltungen errichtet wurden, auf einen Anteil von 23,3% hochschnellten (1967: 8,0%) und daß die Dreiraumwohnungen vor allem in den Gemeindegrößenklassen 5 000 bis unter 20 000 Einwohner und 50 000 bis unter 100 000 Einwohner gegenüber 1967 stark vertreten waren (20,6 zu 10,4% bzw. 19,7 zu 10,9%). Allerdings blieben, wie im gesamten Wohnungsbau, trotz zurückgegangener Anteile die Vierraumwohnungen (30,0%) und die Wohnungen mit fünf und mehr Räumen (49,4%) die eindeutig am meisten fragten Wohnungstypen.

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau  
(Errichtung neuer Gebäude) nach Bauherren,  
Gemeindegrößenklassen und Ausstattung der Wohnung 1968  
(vollgeförderter Wohnungsbau)

Bauherr Gemeindegrößenklasse	Ins- ge- samt	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
	Anzahl	%			
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	95	6,3	6,3	93,7	93,7
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2 456	27,2	27,2	72,8	72,8
Sonst. Wohnungsunternehmen	10	20,0	20,0	80,0	80,0
Öffentliche Bauherren	275	20,7	20,7	79,3	79,3
Private Haushalte	1 781	25,9	25,9	74,1	74,0
unter 2 000 Einw.	888	35,8	35,8	64,2	64,2
2 000 bis " 5 000 "	532	34,8	34,8	65,2	65,0
5 000 " " 20 000 "	1 030	28,8	28,8	71,2	71,2
20 000 " " 50 000 "	554	31,6	31,6	68,4	68,4
50 000 " " 100 000 "	727	10,5	10,5	89,5	89,5
100 000 und mehr	886	16,3	16,3	83,7	83,7
Insgesamt	4 617	25,9	25,9	74,1	74,1

Während die durchschnittliche Wohnungsfläche einer Wohnung in neu errichteten ganzen Wohngebäuden im gesamten Wohnungsbau 91,9 qm betrug, stellte sich dieser Wert im Sozialwohnungsbau auf 85,7 qm. Er lag damit wohl infolge des Vordringens der Ein- und Zweiraumwohnungen um knapp einen qm unter dem Vorjahreswert. Die Kosten einer solchen Wohnung betrugen rund 48 200 DM. Sie waren damit um 1,3% höher als im Vorjahr und um etwa 15% niedriger als im Gesamtwohnungsbau, wobei diese Differenz sicherlich zum Teil auf Ausstattungsunterschiede zurückzuführen ist, denn der Grad der Ausstattung mit Zentralheizung betrug hier 74,1%, im Gesamtwohnungsbau aber 82,3%. Mit einem Bad waren 100% der Wohnungen ausgerüstet.

Die im Rahmen des sogenannten Zweiten Förderungsweges im nur steuerbegünstigten sozialen Wohnungsbau fertiggestellten Wohnungen - es handelt sich hier nicht um öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau im allgemeinen Sinne des Wortes, sondern um Maßnahmen für Bevölkerungsschichten, deren Einkommen die für den Sozialwohnungsbau festgelegten Grenzen überschreitet - waren überwiegend dem Mittelstandsprogramm der Landesregierung und dem zweiten Konjunkturprogramm der Bundesregierung zuzuordnen. Es waren in Rheinland-Pfalz nur 328 Wohnungen, von denen über 79% von privaten Bauherren errichtet wurden und die sich zu fast 69% aus Wohnungen mit fünf und mehr Räumen zusammensetzten. Diese relativ geringe Zahl wird sich 1969 zweifellos erheblich vergrößern, denn 1968 wurden 2 247 Wohnungen im Zweiten Förderungsweg bewilligt und im ersten Halbjahr 1969 waren es immerhin schon 1 225.

Dr. P. Baron



# Die Gasversorgung im Jahre 1968 und ihre Entwicklung seit 1955

## 1. Angebotsstruktur

Die öffentliche Gasversorgung wird heute im wesentlichen aus den drei folgenden Quellen gespeist:

- (1) Gas aus Steinkohle,
- (2) Gas aus Mineralölprodukten,
- (3) Erd- und Erdölgas.

a. Gas aus Steinkohle: Trotz des wachsenden Angebots an Gas aus Mineralölprodukten sowie an Erd- und Erdölgas wird noch ein sehr großer Teil des gesamten Gasaufkommens aus Kohle gewonnen. Die Erzeugung erfolgt überwiegend in Kokereien und Gaswerken durch die Entgasung von Kohle. Es handelt sich dabei um eine Kuppelproduktion, bei der neben dem Gas Koks und einige weitere Nebenprodukte (insbesondere Rohteer und Rohbenzol) anfallen. Eine nur geringe Rolle für die öffentliche Gasversorgung spielt daneben die Gewinnung von Generator- und Wassergas durch die Vergasung von Kohle, Koks und Braunkohle; da der Heizwert dieser Gase geringer ist als bei dem durch die Entgasung von Kohle erzeugten Steinkohlengas, spricht man hier auch von Schwachgasen. Soweit sie nicht für die Unterfeuerung verwandt werden, um den entsprechenden Einsatz von hochwertigem Steinkohlengas zu reduzieren, werden sie mit dem Starkgas aus Steinkohle gemischt. Man bezeichnet deshalb auch das von den Ortsgaswerken und den Ferngasgesellschaften angebotene Gas als Mischgas.

Die Gaserzeugung auf Steinkohlenbasis kann nicht nur an der Nachfrage nach Gas ausgerichtet werden, sondern ist auch von den Absatzmöglichkeiten für das Kuppelprodukt Koks abhängig. Von besonderer Bedeutung ist hier, daß der Verbrauch der Eisenhütten, die etwa die Hälfte der gesamten Kokserzeugung abnehmen, langfristig eine deutlich rückläufige Tendenz zeigt, was dadurch bedingt ist, daß der Koksverbrauch je Tonne Roheisen erheblich gesenkt werden konnte (allein in den letzten zehn Jahren um mehr als ein Drittel), während die Roheisenproduktion bei dem 1960 erreichten Stand stagniert, wenn man einmal von gewissen Schwankungen und der durch den jüngsten Konjunkturaufschwung ausgelösten Entwicklung absieht.

Eine Verminderung in der Erzeugung von Steinkohlengas wurde ferner dadurch herbeigeführt, daß zahlreiche Ortsgaswerke, die auf Steinkohlenbasis betrieben wurden, aus Rentabilitätsgründen stillgelegt werden mußten, wobei die weitere Versorgung durch die Ferngasgesellschaften erfolgte. Sofern ein Anschluß an das Netz der Ferngasleitungen nicht möglich war, wurde die Gasgewinnung vielfach auf die Spaltung von Mineralölprodukten umgestellt. In einigen wenigen kleineren Städten und Gemeinden wurde die Gasversorgung ganz aufgegeben.

Außer acht bleiben kann hier das bei der Eisenerzverhüttung im Hochofen entstehende Gichtgas, dessen Weiterleitung über längere Entfernungen wegen seines geringen Heizwertes nicht in Betracht kommt und das daher an in der Nähe der Hütten liegende Verbraucher geht, soweit es nicht schon direkt in den Winderhitzern zur Vorerwärmung der dem Hochofen zugeführten Luft verwandt wird.

b. Gas aus Mineralölprodukten: Mit der Ausweitung der Kapazität der Raffinerien, die in erster Linie durch den außergewöhnlich steigenden Bedarf an Heizöl und Benzin veranlaßt wurde, hat sich auch das Angebot an Gas aus Mineralölprodukten erheblich erhöht. Bei dem Raffinationsprozeß fallen neben Benzin, Petroleum, Dieselmotoren, Heizöl, Schmierölen, Bitumen und einigen weiteren Produkten auch Flüssiggas und Raffineriegas an, die entweder unmittelbar als solche verwandt oder in Spaltanlagen zu Normgas für die öffentliche Gasversorgung verarbeitet werden können. Die Spaltanlagen können aber auch mit anderen Mineralölprodukten, wie Benzin und Heizöl, betrieben werden. Die Ausbeute der aus dem Rohöl gewonnenen verschiedenen Mineralölprodukte läßt sich anteilmäßig innerhalb bestimmter Grenzen variieren.

Die Gasgewinnung aus Spaltanlagen ist insbesondere in den Gebieten wirtschaftlich, in denen der Bezug von Kokereigas und Erdgas auf Grund der großen Entfernung zu den Standorten der Kokereien und den Erdgasfeldern mit hohen Transportkosten belastet ist. Sie eignet sich weiterhin für kleinere Städte, deren Entfernung zu den Ferngasleitungen einerseits zu groß und deren Bedarf andererseits zu klein ist, als daß ein Anschluß an das Netz der Ferngasleitungen in Betracht käme. Kleinere Spaltanlagen werden außerdem vielfach von Städten mit Ferngasbezug betrieben, um den Spitzenbedarf auszugleichen.

c. Erd- und Erdölgas: Das Aufkommen an Erd- und Erdölgas ist in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen; der Anteil des Erdölgases blieb dabei allerdings verhältnismäßig gering. Erdölgas ist ein bei der Erdölförderung anfallendes Nebenprodukt. Mit der steigenden Erdölförderung, deren reichste Felder im niedersächsischen Becken liegen, hat auch das Aufkommen an Erdölgas erheblich zugenommen. Die Zuwachsraten waren aber bei weitem nicht so hoch wie beim Erdgas, dessen Hauptvorkommen sich ebenfalls in Niederdeutschland an der unteren Ems und Weser befinden. In Rheinland-Pfalz wird Erdölgas und Erdgas aus kleineren Lagerstätten im Oberrheintalgraben gewonnen; die Ausbeute der Erdölfelder bei Landau und des Erdgasfeldes Eich fällt aber vergleichsweise nicht ins Gewicht.

Eine wesentlich gestiegene Bedeutung hat das Erdgas im Rahmen der gesamten Gasversorgung



auf Grund der großen Funde in den Niederlanden bei Slochteren in der Nähe von Groningen erlangt. Um diese Vorkommen auch für den deutschen Markt zu nutzen, wurde eine Erdgasleitung gebaut, die über Zevenaar an der deutsch-holländischen Grenze bis nach Rüsselsheim geht und dann weiter über Mannheim und Karlsruhe in den süddeutschen Raum geführt werden soll. Damit werden auch die Abnehmer in Rheinland-Pfalz zu einem erheblichen Teil mit Erdgas beliefert werden können. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die auf den Verbrauch von Normgas eingerichteten Geräte und Anlagen entsprechend umgestellt werden, was einen nicht unbeträchtlichen Aufwand erfordert. Erdgas kann zwar auch gespalten oder beigemischt und dann wie Normgas verwandt werden; die Nachteile dieser Verfahren sind jedoch so groß (Umwandlungskosten, Verluste), daß Erdgas im Regelfall in rohem Zustand eingesetzt wird. Hinzu kommt, daß sich die Kapazität des bestehenden Leitungsnetzes bei dem Einsatz von Erdgas in unveränderter Form auf Grund seines größeren Heizwertes in entsprechendem Umfang erhöht.

## 2. Gasversorgungsunternehmen

a. Überblick: Die Gasversorgung liegt in den Händen der Gasversorgungsunternehmen. Unter diesen Begriff fallen - ohne Rücksicht auf Rechtsform und Eigentumsverhältnisse - alle Unternehmen, die andere mit Gas versorgen oder Betriebe dieser Art verwalten (§ 2 Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz). Anders als in der Elektrizitätswirtschaft, wo ein allerdings recht kleiner Anteil des gesamten Aufkommens von den industriellen Kraftwerken in das öffentliche Netz eingespeist wird, verbrauchen die Industriebetriebe mit eigenen Gaserzeugungsanlagen in Rheinland-Pfalz ihre gesamte Gaserzeugung selbst, so daß sie bei der Darstellung der öffentlichen Gasversorgung insoweit außer Betracht bleiben können.

Wie die Elektrizitätsversorgung ist auch die Gasversorgung an ein Leitungsnetz gebunden. Die Notwendigkeit eines Leitungssystems zur Ausführung der Gaslieferungen gebietet es, die Gasversorgung eines bestimmten Raumes nur einem einzigen Unternehmen zu übertragen, da es unwirtschaftlich wäre, wenn in einem Gebiet mehrere Unternehmen in Konkurrenz zueinander auftreten würden. Die verschiedenen Gebietskörperschaften vergeben hierfür Konzessionen, die das betreffende Unternehmen zur Übernahme der Gasversorgung in einem bestimmten Raum ermächtigen, und mit denen zugleich die Erlaubnis zur Verlegung der erforderlichen Leitung erteilt wird. Die Gasversorgungsunternehmen grenzen darüber hinaus im Verhältnis zueinander ihre bisherigen Versorgungsräume sowie die für eine spätere Erschließung vorgesehenen Gebiete durch sogenannte Demarkationsverträge ab, in denen sie sich verpflichten, ihre Tätigkeit nicht ohne vorherige Absprache über die vereinbarten Grenzen auszudehnen. Da die Unternehmen durch diese Regelungen für ihr Versorgungsgebiet ein absolutes Angebotsmonopol erhalten, unterliegt die Gasversorgung der staatlichen Aufsicht (Energiewirtschaftsgesetz).

Im Gegensatz zur Elektrizitätsversorgung, die das ganze Land umfaßt und die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Strom sicherstellt, beschränkt sich die Gasversorgung auf die Gebiete mit der größten Bevölkerungsdichte und einer stärkeren Industrialisierung, da sich die Verlegung eines Gasleitungsnetzes in kleineren Orten nicht rentieren würde, sofern sie nicht in einem durch Fernleitungen erschlossenen Gebiet liegen. Außerdem besitzt die Versorgung mit Gas im Rahmen der Bedarfsdeckung der Bevölkerung nicht die gleiche Dringlichkeit wie die Elektrifizierung. Nach der aus Rentabilitätsgründen erfolgten Stilllegung der meisten Ortsgaswerke wurden aber auch relativ isoliert außerhalb der größeren Ballungsräume liegende Städte wie Trier, Idar-Oberstein und Bad Kreuznach durch längere Stichleitungen an das Netz der Gasfernleitungen angeschlossen. Eigene Gaserzeugungsanlagen (und zwar durch Spaltung von Flüssiggas) betreiben heute nur noch einige wenige kleinere von Gasfernleitungen nicht berührte Städte; es sind dies Bingen, Cochem, Kirn, Oberwesel und Simmern.

Obwohl damit flächenmäßig gesehen weite Teile des Landes unversorgt bleiben, haben von den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern nur Wittlich, Bitburg und Kirchen (Sieg) keinen Anschluß an das Netz der Gasfernleitungen oder eine eigene Gewinnungsanlage. Da aber die kleineren Städte und Gemeinden wegen der weitverbreiteten ländlichen Siedlungsweise im Rahmen der gesamten Bevölkerungsstruktur des Landes noch immer ein erhebliches Gewicht besitzen, erreicht der Bevölkerungsanteil der Gebiete ohne Gasversorgung rund 50%. Die Gasversorgung der Industrie ist noch etwas geringer, wenn man den Beschäftigtenanteil der Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, die Gasverbrauch melden, zugrunde legt; er belief sich 1968 auf 46%. Die mögliche Gasversorgung dürfte allerdings höher sein, da viele Industriebetriebe, die an das öffentliche Gasnetz angeschlossen werden könnten, aus produktionstechnischen und wirtschaftlichen Überlegungen einem anderen Brennstoff den Vorzug geben.

b. Ferngasgesellschaften: Nachdem alle großen Ortsgaswerke des Landes stillgelegt worden sind, gründet sich die Gasversorgung nahezu ausschließlich auf die Lieferungen der Ferngasgesellschaften. Dabei teilen sich in die Versorgung im wesentlichen die Ruhrgas AG und die Saar-Ferngas AG. Die zwischen den beiden Gesellschaften vertraglich vereinbarte Demarkationslinie verläuft quer durch Rheinland-Pfalz etwa auf der Linie Mainz - Bingen - Bernkastel-Kues. Die Gasfernleitung der Ruhrgas AG führt aus dem Kölner Raum kommend zunächst rechtsrheinisch über Nierwed und Diez nach Rüsselsheim und geht dann mit einem Zweig linksrheinisch weiter bis Worms, wo sie in das Leitungsnetz der Saar-Ferngas AG mündet, dessen Hauptleitung von Homburg nach Frankenthal und Ludwigshafen verläuft und das mit zahlreichen weiteren Fernleitungen den südlichen Landesteil weitgehend erschlossen hat; hierzu gehören auch die bereits erwähnten Stichleitungen nach



Trier, Idar-Oberstein und Bad Kreuznach. Der nördliche Landesteil wird im Kreis Altenkirchen von einer weiteren aus dem Ruhrgebiet nach Frankfurt führenden Ferngasleitung der Ruhrgas AG berührt, von der bei Siegen eine Stichleitung nach Wissen abzweigt. Das Leitungsnetz dieser beiden Unternehmen ist mit den Fernleitungen der übrigen Ferngasgesellschaften verbunden, was den schnellen Austausch von Lieferungen in Zeiten einer unterschiedlichen Belastung ermöglicht.

Diese für den Transport von Kokerei-, Spalt- und Mischgas unterhaltenen Leitungen werden durch die neue Erdgasleitung ergänzt, die in ihrem rheinland-pfälzischen Abschnitt bis Rüsselsheim von der Mittelrheinischen Erdgastransport GmbH (METG), Essen, und in ihrem südlich daran anschließenden Teilstück von der Süddeutschen Erdgastransport GmbH (SETG), Frankfurt, gebaut und betrieben wird. Den größten Teil des Kapitals hält bei der METG die Ruhrgas AG ( $\frac{2}{3}$ ) und bei der SETG die Gas-Union GmbH ( $\frac{1}{2}$ ). Daneben sind die Standard Oil Company (New Jersey), New York, und die Shell Petroleum AG, Den Haag, zu je  $\frac{1}{6}$  an beiden Gesellschaften beteiligt; sie haben bei der SETG außerdem  $\frac{1}{3}$  des Kapitals treuhänderisch für deutsche Interessenten, die Erdgas beziehen wollen, übernommen.

Den Ferngasgesellschaften stehen für ihre Lieferungen verschiedene Bezugsquellen zur Verfügung. Der größte Teil des Gasangebots kommt immer noch aus den Zechen- und Hüttenkokereien; daneben traten aber im Laufe der letzten Jahre in nicht unbeträchtlichem Umfang das in Raffinerien für die öffentliche Versorgung erzeugte Spaltgas sowie Erdgas, das anfänglich zur Anreicherung von minderwertigeren Gasen beigemischt wurde, dann aber zunehmend in rohem Zustand zunächst an industrielle Großverbraucher abgegeben wurde. Die Ferngasgesellschaften übernehmen nicht unmittelbar die Versorgung bis zum Endverbraucher - wenn man einmal von den Direktlieferungen an größere Industriebetriebe auf Grund von Sonderverträgen absieht -, sondern überlassen die Weiterverteilung regionalen und kommunalen Gasversorgungsunternehmen, wobei in einigen wenigen Fällen die regionalen Gasversorgungsunternehmen als Zwischenlieferanten für kommunale Gasversorgungsunternehmen fungieren.

Die Angebots- und Absatzverhältnisse lassen sich für die beiden in Rheinland-Pfalz tätigen Ferngasgesellschaften im einzelnen wie folgt skizzieren:

(1) *Ruhrgas AG, Essen:* Das Kapital der Ruhrgas AG befindet sich überwiegend in den Händen von Großunternehmen des Bergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie, von denen die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft (GBAG), Essen, und die Gewerkschaft Brigitta, Hannover, die größten Anteile (31,74 und 25%) halten. Eine Hauptbezugsquelle bilden die Zechen- und Hüttenkokereien des Ruhrgebiets. Daneben wurden seit 1963 mehrere Raffinerien zur Erzeugung von Gas für die öffentliche Versorgung in Betrieb genommen, zumeist an den

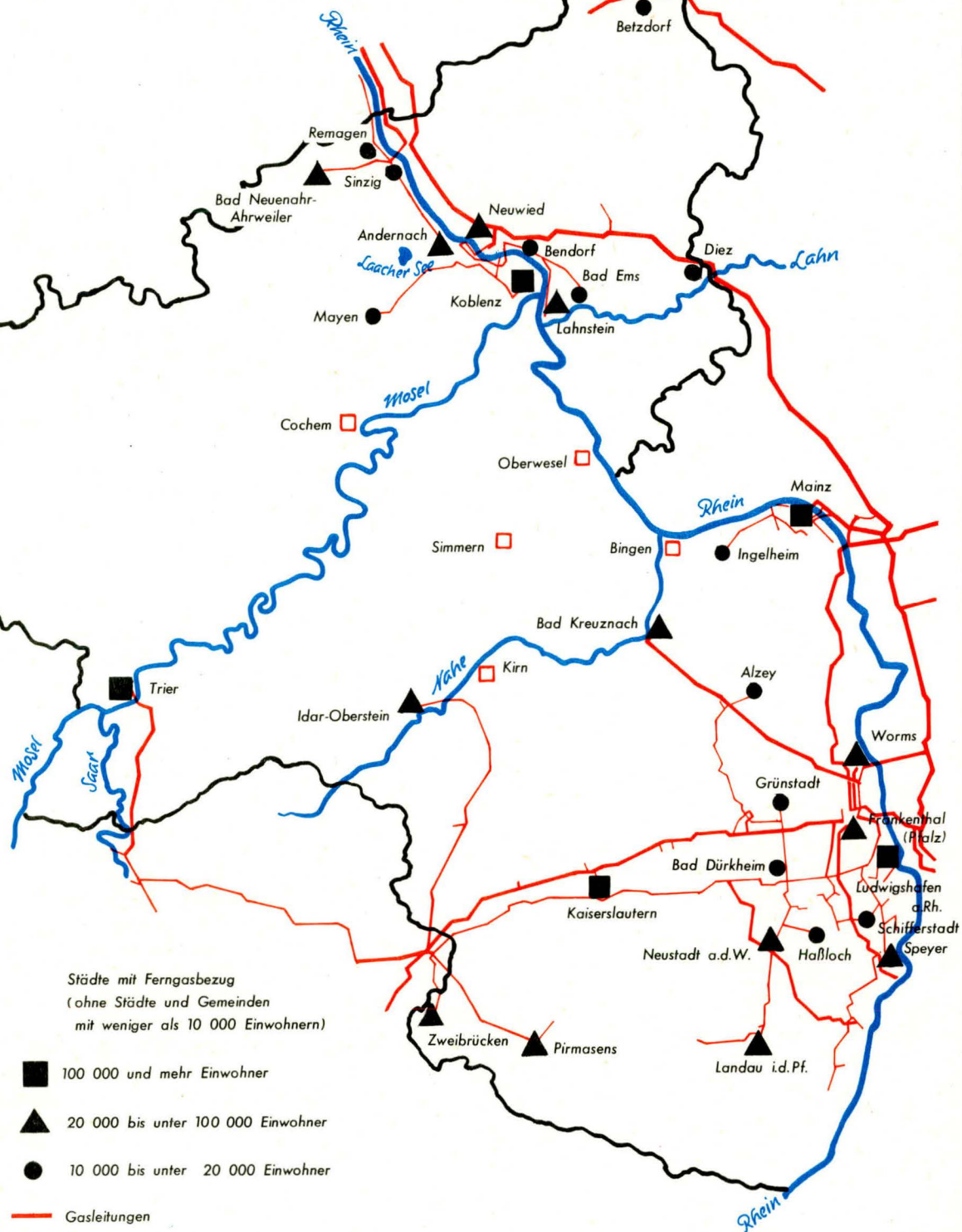
Endpunkten der Fernleitungen (davon zwei bei Karlsruhe), um eine ausreichende Versorgung auch der weiter entfernt liegenden Gebiete sicherzustellen. Das von den deutschen Erdgasfeldern schon seit 1954 bezogene Erdgas, das zunächst dem Steinkohlengas beigemischt wurde, wird mit dem Ausbau des Netzes der Erdgasleitungen in unveränderter Form abgegeben.

Die Ruhrgas AG beliefert in Rheinland-Pfalz die beiden regionalen Gasversorgungsunternehmen im nördlichen Landesteil (die Energieversorgung Mittelrhein GmbH und die Gasversorgung Westerwald GmbH) sowie - zusammen mit der Gas-Union GmbH - die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG. Sie deckt weiterhin den Bedarf der Stadtwerke von Diez, Neuwied und Wissen, die sich allein im nördlichen Landesteil ihre Selbständigkeit in der Weiterverteilung des Gases an die Letztverbraucher erhalten haben, sowie von Betzdorf, dessen Netz von der Rheinischen Energie AG (RHENAG), Köln, übernommen wurde. Außerdem beziehen einige industrielle Großabnehmer in diesem Raum das benötigte Gas auf Grund entsprechender Sonderverträge unmittelbar von der Ruhrgas AG. Darüber hinaus gehen gewisse Lieferungen an die Saar-Ferngas AG, da diese die Nachfrage in ihrem Versorgungsgebiet nicht vollständig aus den eigenen Bezugsquellen decken kann. Obwohl die Lieferungen der Ruhrgas AG (ohne die an die Saar-Ferngas AG gehenden Mengen) 36% des gesamten Gasaufkommens in Rheinland-Pfalz ausmachen, fallen sie für die Ruhrgas AG selbst wegen ihres ausgedehnten und hochindustrialisierten Versorgungsraumes nicht ins Gewicht; sie betragen nur etwa 4% der gesamten Gasabgabe dieser Gesellschaft.

(2) *Saar-Ferngas AG, Saarbrücken:* An dem Kapital der Saar-Ferngas AG sind die folgenden Lieferanten und Abnehmer vertretenden Interessentengruppen beteiligt: Saarbergwerke Aktiengesellschaft, Saarbrücken (21%), verschiedene Hüttenwerke des Saarlandes (21%), Stadt Saarbrücken (15,58%), Land Rheinland-Pfalz (15,15%), verschiedene Städte und Landkreise des Saarlandes sowie das Saarland (15,67%), Gaz de France, Paris (10%), verschiedene Städte der Pfalz (1,60%). Hauptbezugsquellen der Saar-Ferngas AG waren bis zum Jahre 1964 die Zechen- und Hüttenkokereien des Saarlandes, die im Durchschnitt der Jahre mehr als 95% des gesamten Aufkommens stellten; bei dem Rest handelte es sich um Ausgleichslieferungen anderer Ferngasgesellschaften. Bereits im Jahre 1963 setzte jedoch eine stark rückläufige Entwicklung des Gasangebots der Kokereien ein, die durch die sinkende Nachfrage nach Koks ausgelöst wurde, wozu verschärfend der steigende Eigenverbrauch der Hütten an Kokereigas trat, der durch den geringeren Anfall von Gichtgas bedingt war, welcher seinerseits wiederum durch den tendenziell ständig verminderten spezifischen Kokeinsatz veranlaßt wurde. Um diese Ausfälle auszugleichen, errichtete die Saar-Fern-



# Gasversorgung



Städte mit Ferngasbezug  
(ohne Städte und Gemeinden  
mit weniger als 10 000 Einwohnern)

- 100 000 und mehr Einwohner
- ▲ 20 000 bis unter 100 000 Einwohner
- 10 000 bis unter 20 000 Einwohner

— Gasleitungen

□ Städte und Gemeinden mit eigener Gaserzeugung



gas AG in Frankenthal eine neue Spaltanlage, deren Produktion im Herbst 1964 anliefe. Daneben wurde von der elf-Mineralöl GmbH, Düsseldorf, im Frühjahr 1965 eine in Speyer primär zur Gewinnung von Gas für die öffentliche Versorgung neugebaute Raffinerie in Betrieb genommen, deren Lieferungen zunächst zu einem Drittel, heute etwa zur Hälfte an die Saar-Ferngas AG gehen (übrige Bezieher: Gas-Union GmbH und Gasversorgung Süddeutschland GmbH). Diese grundlegende Umstrukturierung des gesamten Gasaufkommens der Saar-Ferngas AG hatte zur Folge, daß das Kokereigas 1968 nur noch rund 19% der für rheinland-pfälzische Abnehmer insgesamt ausgeführten Lieferungen ausmachte.

Hauptversorgungsgebiete der Saar-Ferngas AG sind das Saarland und die Pfalz mit den durch Stichleitungen an das Netz der Saar-Ferngas AG angeschlossenen Städte Trier, Idar-Oberstein, Bad Kreuznach und Alzey in dem nördlich angrenzenden Raum. Daneben gehen nicht unbeträchtliche Lieferungen nach Frankreich und Nordbayern, wo die Saar-Ferngas AG an der im Herbst 1966 neu in Betrieb genommenen Spaltanlage in Mitterteich über die Ferngas Nordbayern GmbH, Bamberg, zu 40% beteiligt ist. Bezieher von Saar-Ferngas sind in Rheinland-Pfalz die Pfalzgas GmbH, eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Saar-Ferngas AG, die Betriebsabteilung Rhein-Mittelhaardt der Aktiengesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, München, und 28 kommunale Versorgungsunternehmen. Ähnlich wie in der öffentlichen Elektrizitätsversorgung sind damit die kommunalen Gasversorgungsunternehmen, welche die Gasverteilung an die Endverbraucher selbständig übernehmen, in der Pfalz noch weit stärker vertreten als in den übrigen Landesteilen. Dagegen hat die Saar-Ferngas AG nur in ganz wenigen Fällen Sonderverträge über die Direktlieferung von Gas mit industriellen Großabnehmern abgeschlossen.

Neben der Ruhrgas AG und der Saar-Ferngas AG sind an der Deckung des rheinland-pfälzischen Gasbedarfs mit allerdings sehr viel geringeren Lieferungen noch die Gas-Union GmbH, Frankfurt, und die Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar AG, Mannheim, beteiligt. Die Gas-Union GmbH beliefert zusammen mit der Ruhrgas AG die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, deren Bedarf an Ferngas mit der Stilllegung des eigenen Gaswerks im März 1968 sehr stark anstieg. Die Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar AG versorgt die Stadtwerke Worms. Außerdem erfolgten in den Jahren 1964 und 1965 noch gewisse Aushilfslieferungen durch die Gasversorgung Süddeutschland GmbH, Stuttgart.

c. Regionale Gasversorgungsunternehmen: Die in Rheinland-Pfalz tätigen regionalen Gasversorgungsunternehmen verfügen über keine eigenen Gaserzeugungsanlagen, sondern beziehen das von ihnen benötigte Gas von den Ferngasgesellschaften. Von Ausnahmen abgesehen, über-

nehmen sie die Gasverteilung an die Endverbraucher ohne die nochmalige Zwischenschaltung kommunaler Gasversorgungsunternehmen.

- (1) *Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz:* Größter Kapitaleigner ist die Stadt Koblenz mit einem Anteil von 72,75%; das restliche Kapital hält die Rheinische Energie AG (RHENAG), Köln (26%), und die Stadt Andernach (1,25%). Zu ihrem Versorgungsgebiet gehört der gesamte durch die Fernleitung der Ruhrgas AG und die davon ausgehenden Stichleitungen erschlossene Raum im Regierungsbezirk Koblenz mit Ausnahme der durch die Gasversorgung Westerwald GmbH versorgten Gemeinden des Unterwesterwaldkreises und der Städte Neuwied und Diez, deren Stadtwerke unmittelbar von der Ruhrgas AG beliefert werden. Bad Ems bezieht zwar das benötigte Gas über die Energieversorgung Mittelrhein GmbH; die Stromverteilung an die Endverbraucher liegt jedoch in den Händen eines eigenen Versorgungsunternehmens, der Energieversorgung Bad Ems GmbH.
- (2) *Gasversorgung Westerwald GmbH, Höhr-Grenzhausen:* Das Kapital befindet sich zu je 50% im Besitz der Rheinischen Energie AG (RHENAG) und der Energieversorgung Mittelrhein GmbH. Das Versorgungsgebiet beschränkt sich auf die an die Ferngasleitung der Ruhrgas AG angeschlossenen Gemeinden des Unterwesterwaldkreises.
- (3) *Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz:* Das Kapital halten zu je 50% die Städte Mainz und Wiesbaden. Die eigenen Gaserzeugungsanlagen, die etwa 60% des Bedarfs deckten, wurden im März 1968 stillgelegt. Das nun von der Ruhrgas AG und der Gas-Union GmbH bezogene Ferngas wird - anders als bei den übrigen regionalen Gasversorgungsunternehmen - nicht unmittelbar bis zu den Endverbrauchern weiterverteilt, sondern an die kommunalen Gasversorgungsunternehmen von Mainz, Ingelheim, Wiesbaden und Rüsselsheim abgegeben. Das Versorgungsgebiet liegt also zu einem großen Teil in Hessen. Aber auch das an die Stadtwerke Mainz gelieferte Gas geht in einem gewissen Umfang an hessische Abnehmer, da zu dem Versorgungsgebiet der Stadt Mainz neben der linksrheinischen Gemeinde Budenheim auch die rechtsrheinischen Gemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg und Kostheim sowie Kastell (Ortsteil von Wiesbaden) gehören.
- (4) *Pfalzgas GmbH, Frankenthal:* Das Unternehmen ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Saar-Ferngas AG, die auch den gesamten Gasbedarf deckt. Da in der Pfalz noch eine relativ große Anzahl von Städten die Gasverteilung an die Letztverbraucher in eigener Regie durchführt, werden durch die Pfalzgas GmbH nur die an das Netz der Saar-Ferngas AG angeschlossenen kleineren Städte und Gemeinden ohne eigene kommunale Gasversorgungsbetriebe beliefert, sofern sie nicht in dem Versorgungsgebiet der Aktiengesellschaft für Licht- und Kraftversorgung in der südlichen Randzone liegen.



(5) *Aktiengesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, München; Betriebsabteilung Rhein-Mittelhaardt, Schifferstadt*: Die Aktiengesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, an der die Thüringer Gasgesellschaft, Köln, zu 64,65% und die Bayerische Gemeindebank, München, zu 32,26% beteiligt sind, versorgt über ihre Betriebsabteilung Rhein-Mittelhaardt in Schifferstadt eine Reihe von kleineren Städten und Gemeinden im südlichen Teil des Landkreises Ludwigshafen sowie in den westlich und südlich angrenzenden Landkreisen Bad Dürkheim und Germersheim, wobei die hierfür benötigten Gasmengen von der Saar-Ferngas AG bezogen werden.

d. *Kommunale Gasversorgungsunternehmen*: Über eigene Gaserzeugungsanlagen verfügen heute nur noch einige wenige kommunale Gasversorgungsunternehmen, die nicht an das Netz der Ferngasleitungen angeschlossen sind; es sind dies Bingen, Cochem, Kirn, Oberwesel und Simmern. Die Gaserzeugung erfolgt hier durch die Spaltung von Flüssiggas. Daneben wird eine kleinere Spaltanlage zur Deckung des Spitzenbedarfs von Pirmasens betrieben. Alle übrigen Städte, die früher eigene Gaswerke unterhielten, haben diese inzwischen stillgelegt und sind zu dem Bezug von Ferngas übergegangen. Hierzu gehören insbesondere Trier, Idar-Oberstein und Bad Kreuznach, die durch Stichleitungen an das Netz der Saar-Ferngas AG angeschlossen wurden. Die Gaslieferungen erfolgen überwiegend durch die Ruhrgas AG und die Saar-Ferngas AG; Mainz und Ingelheim beziehen das für ihr Versorgungsgebiet benötigte Gas von der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Worms von der Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar AG und Bad Ems von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH. Das Netz der kommunalen Gasversorgungsunternehmen geht in einer Reihe von Fällen über die Stadtgrenzen hinaus und erstreckt sich auch auf das Gebiet angrenzender Gemeinden. Bezüglich der Eigentumsverhältnisse nehmen Betzdorf, Cochem, Bingen und Bad Ems eine gewisse Sonderstellung ein, da die Gasversorgung hier nicht

in den Händen von kommunalen Gasversorgungsunternehmen liegt; der Betrieb des örtlichen Gasnetzes wurde vielmehr in Betzdorf und Cochem von der Rheinischen Energie AG (RHENAG) und in Bingen von der Rhein-Nahe-Kraftversorgung GmbH übernommen, während er in Bad Ems von der Energieversorgung Bad Ems GmbH durchgeführt wird, einer Tochtergesellschaft der Main-Kraftwerke AG, Frankfurt, an der die Stadt Bad Ems nur zu 10% beteiligt ist.

### 3. Gasaufkommen

Das Gasaufkommen, das heißt die für die öffentliche Versorgung aufgebrauchte Gasmenge, belief sich im Jahre 1968 auf 1 068 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> (Normalkubikmeter zu einem Heizwert von 4 300 kcal/cbm). Verfolgt man die Entwicklung seit 1955, dem ersten Jahr, für das detailliertes Zahlenmaterial zur Verfügung steht, so zeigt sich ein Verlauf, der keine durchgehende Tendenz erkennen läßt. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre erhöhte sich das Gasaufkommen zwar von 680 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> im Jahre 1955 bis auf 781 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> im Jahre 1961, fiel dann jedoch wieder bis auf 687 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> im Jahre 1965 ab. Aber auch diese Entwicklung ging keineswegs kontinuierlich vor sich, sondern war durch recht beträchtliche Schwankungen gekennzeichnet. Erst in den letzten drei Jahren war eine stetige und sehr hohe Zunahme des Gasaufkommens festzustellen. Die Gaswirtschaft ist insoweit ganz erheblich hinter der Expansion der Elektrizitätswirtschaft zurückgeblieben, in der sich das Stromaufkommen in dem gleichen Zeitraum weit mehr als verdoppelt hat. Der Grund für dieses unterschiedliche Wachstum ist in erster Linie in der starken Konkurrenz zu sehen, der sich das Gas durch die beiden Energieträger Elektrizität und Heizöl gegenüber sah.

Das Gasaufkommen beruht nur zu einem geringen Teil auf der Mischgaserzeugung der Ortsgaswerke. Obwohl einige kleinere Ortsgaswerke schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre aufgegeben wurden, stieg die Gaserzeugung noch von 134 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> im Jahre 1955 bis auf 171 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> im Jahre

Gasaufkommen für die öffentliche Versorgung 1955 - 1968

Jahr	Gasaufkommen (Sp. 6 + Sp. 9)		Mischgaserzeugung der Ortsgaswerke					Ferngasbezug		
			Erzeugung	Eigen- verbrauch	Gasdarbietung					
					zusammen	Abgabe an Bezieher in Rheinland-Pfalz	Lieferungen nach Hessen			
	1 000 m <sup>3</sup> <sub>n</sub> , H <sub>0</sub> = 4 300 kcal/m <sup>3</sup> <sub>n</sub>	Veränderung zum Vorjahr in %	1 000 m <sup>3</sup> <sub>n</sub> , H <sub>0</sub> = 4 300 kcal/m <sup>3</sup> <sub>n</sub>				Anteil am Aufkommen in %	1 000 m <sup>3</sup> <sub>n</sub> , H <sub>0</sub> = 4 300 kcal/m <sup>3</sup> <sub>n</sub>	Anteil am Aufkommen in %	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1955	680 487	.	134 309	20 750	113 559	76 131	11,2	37 428	604 356	88,8
1956	676 604	- 0,6	136 417	20 510	115 907	82 456	12,2	33 451	594 148	87,8
1957	697 385	3,1	130 892	24 989	105 903	76 765	11,0	29 138	620 620	89,0
1958	731 861	4,9	127 877	14 964	112 913	79 223	10,8	33 690	652 638	89,2
1959	750 769	2,6	132 201	6 156	126 045	85 686	11,4	40 359	665 083	88,6
1960	709 186	- 5,5	139 096	8 237	130 859	79 991	11,3	50 868	629 195	88,7
1961	781 495	10,2	146 535	17 875	128 660	70 572	9,0	58 088	710 923	91,0
1962	758 064	- 3,0	145 784	18 843	126 941	68 365	9,0	58 576	689 699	91,0
1963	760 802	0,4	170 633	46 913	123 720	91 407	12,0	32 313	669 395	88,0
1964	744 183	- 2,2	170 740	45 997	124 743	92 569	12,4	32 174	651 614	87,6
1965	687 049	- 7,7	144 848	47 517	97 331	68 516	10,0	28 815	618 533	90,0
1966	761 652	10,9	129 186	45 221	83 965	63 057	8,3	20 908	698 595	91,7
1967	913 186	19,9	132 464	59 009	73 455	61 627	6,7	11 828	851 559	93,3
1968	1 068 099	17,0	38 457	11 402	27 055	21 495	2,0	5 560	1 046 604	98,0



1963. Die Einstellung der Eigenerzeugung, insbesondere in Trier im Juli 1964, in Bad Kreuznach im Februar 1965 und in Pirmasens im Mai 1965 führte dann aber zu einem sehr starken Abfall der insgesamt erzeugten Gasmenge auf 129 Mill. m<sup>3</sup>, im Jahre 1966. Ein noch erheblich stärkerer Bruch in der bisherigen Entwicklung ergab sich jedoch dadurch, daß die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG im März 1968 ihr Gaswerk stilllegten, das in Rheinland-Pfalz bei weitem das größte gewesen war und neben Mainz und Ingelheim auch die in Hessen gelegenen Städte Wiesbaden und Rüsselsheim mit Gas beliefert hatte, wobei die Eigenerzeugung aber schon immer durch Ferngasbezug von der Ruhrgas AG ergänzt wurde. Die Abnahme der Eigenerzeugung mußte in den letzten Jahren durch eine ständige Erhöhung des Ferngasbezuges ausgeglichen werden. Während die Eigenerzeugung bis 1965 im Durchschnitt der Jahre rund 10% des Aufkommens abgedeckt hatte, verminderte sich dieser Anteil bis 1968 auf nur 2%, so daß die Gasversorgung des Landes heute nahezu vollständig über die Ferngasgesellschaften erfolgt, wenn auch für die Verteilung bis zum Endverbraucher eine Reihe regionaler und kommunaler Gasversorgungsunternehmen eingeschaltet bleibt.

#### 4. Gasabsatz

Während die Angaben über das Gasaufkommen auf den monatlichen Berichten der Ortsgaswerke und Ferngasgesellschaften über die Mischgaserzeugung und Ferngaslieferungen beruhen, die auf die Ermittlung von Landesergebnissen abgestellt sind, stehen Angaben über den Gasabsatz nur aus den Jahreserhebungen bei den Gasversorgungsunternehmen zur Verfügung, aus denen für Rheinland-Pfalz lediglich Zahlen für die Unternehmen anfallen, die hier ihren Sitz haben. In den Ergebnissen über den Gasabsatz an Endverbraucher sind also die Direktlieferungen der Ruhrgas AG und der Saar-Ferngas AG an industrielle Großabnehmer sowie die gesamte Gasabgabe der Aktiengesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, München, für ihre Betriebsabteilung Rhein-Mittelhaardt und der Rheinischen Energie AG (RHENAG), Köln, für Betzdorf und Cochem nicht enthalten. Andererseits schließen die Unternehmensangaben auch die vergleichsweise allerdings recht geringe Gasabgabe an die Verbraucher in den rechtsrheinischen Gemeinden mit ein, die von den Stadtwerken Mainz un-

mittelbar versorgt werden. Der so abgegrenzte Gasabsatz ist daher erheblich niedriger als das gesamte Gasaufkommen. Es ist jedoch in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß sich eine gewisse Abweichung zwischen diesen beiden Größen auch bei dem gleichen Berichtskreis dadurch ergeben muß, daß das Gasaufkommen noch die Verluste mit umfaßt, während den Angaben über den Gasabsatz die mit den Abnehmern abgerechneten Mengen und Werte zugrunde liegen. Der Umfang der Gasverluste ist dabei in erster Linie von dem Zustand der Gasleitungen abhängig.

Legt man die Ergebnisse für die in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen zugrunde, so zeigt sich, daß von der im Jahre 1968 an Endverbraucher abgesetzten Gasmenge 61,6% an Sonderabnehmer und 38,4% an Tarifabnehmer gingen. Die Abnehmergruppen mit dem höchsten Verbrauch waren unter den Sonderabnehmern die Industrie (31,3%) und die Abnehmer mit Vollversorgung (21,4%), unter den Tarifabnehmern die Haushalte (28,6%). Die übrige gewerbliche Wirtschaft war dagegen sowohl unter den Sonderabnehmern (8,9%) als auch den Tarifabnehmern (6,1%) mit wesentlich geringeren Anteilen vertreten. Auf die Tarifabnehmer von Heizgas entfielen nur 3,7% des gesamten Gasabsatzes. Im Verlaufe der letzten vier Jahre, für die eingehendere Angaben vorliegen, haben sich diese Relationen insofern verschoben, als der Gasabsatz an Tarifabnehmer sich etwa auf dem gleichen Niveau gehalten hat, während der Gasabsatz an Sonderabnehmer um mehr als 50% gestiegen ist, wobei insbesondere für die übrige gewerbliche Wirtschaft und die Abnehmer mit Vollversorgung hohe Zuwachsraten festzustellen waren.

Die Gasversorgungsunternehmen erzielten je m<sup>3</sup>, im Durchschnitt einen Erlös von 0,17 DM. Dabei waren die Preise, die den Tarifabnehmern in Rechnung gestellt wurden (0,26 DM), insgesamt gesehen weit mehr als doppelt so hoch wie für die Sonderabnehmer (0,11 DM). Bei den Sonderabnehmern reichte die Preisspanne von 0,09 DM für die Industrie über 0,12 DM für die übrige gewerbliche Wirtschaft bis zu 0,14 DM für die Abnehmer mit Vollversorgung. Für die Tarifabnehmer lagen die Preise zum Teil erheblich höher: während Gas an die übrige gewerbliche Wirtschaft und die Abnehmer von Heizgas im Durchschnitt zu 0,20 bzw. 0,15 DM

Gasabsatz der öffentlichen Gasversorgungsunternehmen<sup>1)</sup> an Endverbraucher nach Abnehmergruppen 1965 - 1968

Abnehmergruppe	1965	1966	1967	1968	1965	1966	1967	1968
	1 000 m <sup>3</sup> <sub>n</sub> , Ho = 4 300 kcal/m <sup>3</sup> <sub>n</sub>				1 000 DM			
Sonderabnehmer	231 523	269 591	296 721	352 664	24 305	28 633	31 756	40 345
Industrie	157 739	168 839	168 260	179 496	14 831	15 574	15 169	16 960
Übrige gewerbliche Wirtschaft	15 831	17 967	29 616	50 713	2 144	2 402	3 765	6 188
Vollversorgung	57 953	82 785	98 845	122 455	7 330	10 657	12 822	17 197
Tarifabnehmer	219 323	213 996	221 945	220 185	53 268	52 030	53 006	57 441
Haushalte	159 868	154 544	156 351	163 971	42 884	42 046	42 162	47 272
Gewerbliche Wirtschaft	33 438	34 581	37 004	34 735	6 604	6 352	6 496	6 904
Heizgas	26 017	24 871	28 590	21 479	3 780	3 632	4 348	3 265
Insgesamt	450 846	483 587	518 666	572 849	77 573	80 663	84 762	97 786

1) Nur Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz.



je  $m^3_n$  verkauft wurde, zahlten die Haushalte bei einem Normaltarif fast 0,29 DM je  $m^3_n$ .

Gliedert man den Gasabsatz nach den verschiedenen Verbrauchergruppen ohne Rücksicht auf die Form des Vertrages, auf Grund dessen die Lieferungen erfolgen, so ergibt sich der höchste Anteil für die Haushalte (50,4%), der noch die zusammengefaßten Anteile für die Industrie (31,1%) und die übrige gewerbliche Wirtschaft (10,4%) übersteigt. Die restlichen Lieferungen gingen an öffentliche Einrichtungen (einschließlich Straßenbeleuchtung) und sonstige Abnehmer. Innerhalb der Industrie wurden die größten Gasmengen von der feinkeramischen und Glasindustrie sowie der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie abgenommen; gemessen am gesamten erfaßten Gasabsatz machte der Anteil dieser beiden Industriezweige 14,4 und 7,2% aus.

Die vorstehend dargestellte Zusammensetzung des Gasabsatzes an Endverbraucher nach Abnehmer- und Verbrauchergruppen gilt allerdings - wie eingangs dargelegt - nur für die in der jährlichen Unternehmenserhebung erfaßten regionalen und kommunalen Gasversorgungsunternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz. Der Aussagewert dieser Ergebnisse wird insbesondere dadurch beeinträchtigt, daß die umfangreichen Direktlieferungen der Ferngasgesellschaften an industrielle Großabnehmer unberücksichtigt bleiben. Diese Direktlieferungen der Ferngasgesellschaften lassen sich jedoch auf Grund des Gasverbrauchs, welche die Betriebe im monatlichen Industriebericht melden, ziemlich genau einschätzen. Ergänzt man die Ergebnisse für die in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen weiterhin um die Lieferungen der Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern, die an rheinland-pfälzische Endverbraucher gehen, und setzt man umgekehrt die Lieferungen der Stadtwerke Mainz an die rechtsrheinischen Gemeinden ab, so erhält man Gesamtangaben über die Struktur des Gasverbrauchs, die eine wesentlich andere Verteilung aufzeigen als die Ergebnisse, die sich auf die Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz beschränken. Danach ist vor allem für die Industrie sowohl in der Gliederung nach Abnehmer- wie auch nach Verbrauchergruppen ein sehr viel höherer Anteil anzusetzen (60%). Für die Sonderabnehmer insgesamt ergibt sich ein Anteil von 78%, wobei der Gasabsatz an die übrige gewerbliche Wirtschaft nur 5% und an die Abnehmer mit Vollversorgung 13% ausmacht. Die Tarifabnehmer sind dementsprechend mit einer sehr viel geringeren Quote am gesamten Gasverbrauch beteiligt (22%); dabei entfallen auf die Haushalte 16%, auf die übrige gewerbliche Wirtschaft 3% und auf die Heizgasabnehmer 2%. In der gleichen Richtung verschieben sich die Relationen bei der Gliederung des Gasabsatzes nach Verbrauchergruppen. Gegenüber dem auf 60% gestiegenen Anteil der Industrie reduziert sich die Quote für die Haushalte auf 30% und für die übrige gewerbliche Wirtschaft auf 6%, während für die öffentlichen Einrichtungen (einschließlich Straßenbeleuchtung) und die sonstigen Abnehmer ein restlicher Anteil von rund 4% verbleibt. Innerhalb der Indu-

Gasabsatz der öffentlichen Gasversorgungsunternehmen<sup>1)</sup>  
an Endverbraucher nach Verbrauchergruppen 1966 - 1968

Verbrauchergruppe	1966	1967	1968
	1 000 $m^3_n$ , $H_o = 4\ 300\ kcal/m^3_n$		
Industrie	169 840	168 894	178 017
Industrie der Steine und Erden	.	.	6 235
Eisenschaffende Industrie und Eisengießereien <sup>2)</sup>	813	-	4 759
Eisen und Metall verarbeitende Industrie	42 018	45 284	41 136
NE-Metallindustrie	9 033	9 157	10 077
Chemische Industrie	19 924	8 268	8 145
Feinkeramische und Glasindustrie	79 660	79 334	82 287
Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie	.	.	1 266
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	.	.	968
Sonstige Industrien	18 392	26 851	23 144
Übrige gewerbliche Wirtschaft	36 662	42 476	59 351
Haushalte	222 705	258 863	288 983
Öffentliche Einrichtungen	17 516	16 625	19 607
Straßenbeleuchtung	14 945	14 649	14 511
Sonstige Abnehmer	21 919	17 159	12 380
<b>Insgesamt</b>	<b>483 587</b>	<b>518 666</b>	<b>572 849</b>

1) Nur Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz. - 2) 1966 und 1967 ohne Eisengießereien.

strie ist bei der Einbeziehung der Direktlieferungen der Ferngasgesellschaften die chemische Industrie bei weitem der größte Abnehmer (30%, das ist die Hälfte der Gesamtabgabe an die Industrie); stärker ins Gewicht fällt daneben noch der Verbrauch der feinkeramischen und Glasindustrie (9%), der eisenschaffenden Industrie und der Eisengießereien (8%), der Industrie der Steine und Erden (5%) sowie der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie (4%).

## 5. Gaserzeugung und -verbrauch der Industrie

Wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt, geht der weitaus größte Teil des von den öffentlichen Gasversorgungsunternehmen aufgebrauchten Gasaufkommens in die Industrie. Neben diesem von den öffentlichen Gasversorgungsunternehmen bezogenen Gas verbraucht die Industrie in großem Umfang in eigenen Anlagen erzeugtes Gas. Eigene Gaserzeugungsanlagen werden allerdings nur von wenigen größeren Unternehmen betrieben; in Rheinland-Pfalz handelt es sich dabei vornehmlich um Werke der chemischen Industrie sowie der Industrie der Steine und Erden, die feuerfeste grobkeramische Erzeugnisse herstellen. Das selbsterzeugte Gas wird in der chemischen Industrie primär als Rohstoff, bei der Herstellung von feuerfesten grobkeramischen Erzeugnissen dagegen fast ausschließlich für Brennzwecke verwandt. Unterschiede bestehen auch in der Art der Gasgewinnung. So erzeugen die Hersteller von feuerfesten grobkeramischen Erzeugnissen - von Ausnahmen abgesehen - Schwach- und Wassergas auf festen Brennstoffen (Steinkohle, Steinkohlenkoks, Braunkohlenbriketts), während die chemische Industrie weitgehend dazu übergegangen ist, Spaltgas aus flüssigen und gasförmigen Brennstoffen (Heizöl, Benzin, Raffinerie-Restgas, Erdgas und Erdölgas sowie sonstige Gase) zu gewinnen.

Ergebnisse über den Gasbezug der Industrie, und zwar getrennt für Orts- und Ferngas sowie Erdgas, fallen im Rahmen der monatlichen Industrieberichtserstattung für die Betriebe mit 10 und mehr Be-



Gasverbrauch der Industrie 1950 - 1968  
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Verbrauch von Orts- und Ferngas (ohne Erdgas)	Verbrauch von Erdgas	Verbrauch von selbst- erzeugtem Gas
	1 000 m <sup>3</sup> <sub>n</sub>	1 000 cbm	1 000 m <sup>3</sup> <sub>n</sub>
1950	201 490	.	.
1951	251 700	.	.
1952	279 681	.	.
1953	283 074	.	.
1954	347 488	.	.
1955	431 920	.	.
1956	422 845	52 898	1 289 928
1957	460 087	52 614	.
1958	491 155	52 292	.
1959	504 614	51 340	1 513 553
1960	472 222	65 957	.
1961	511 068	59 802	1 495 170
1962	485 114	58 263	1 526 015
1963	473 511	53 100	1 516 304
1964	433 169	52 477	1 554 468
1965	391 201	52 902	1 597 648
1966	423 662	55 765	1 615 888
1967	485 408	51 506	1 699 344
1968	489 958	59 776	1 927 976

schäftigten an. Diese Zahlen weichen von den Angaben über den Gasabsatz an die Industrie, wie er auf Grund der Jahresehebungen bei den öffentlichen Gasversorgungsunternehmen nachgewiesen wird, insbesondere deshalb ab, weil eine Reihe von größeren Industriebetrieben auf Grund von Sonderverträgen unmittelbar von den Ferngasgesellschaften beliefert wird, so daß dieser Verbrauch nicht in den Ergebnissen für die in Rheinland-Pfalz ansässigen Gasversorgungsunternehmen erfaßt wird, worauf in dem vorangegangenen Abschnitt über den Gasabsatz der Gasversorgungsunternehmen bereits näher hingewiesen wurde. Gewisse, wenn auch weniger ins Gewicht fallende Unstimmigkeiten können auch dadurch entstehen, daß sich die Zuordnung der Verbraucher zu den einzelnen Gruppen von den Gasversorgungsunternehmen nicht immer einwandfrei vornehmen läßt, da Unterlagen, die eine genaue Fixierung des wirtschaftlichen Schwerpunktes erlauben, in Zweifelsfällen kaum zur Verfügung stehen dürften; das hat zur Folge, daß sich die durch den monatlichen Industriebericht erfaßten Betriebe mit Gasbezug nicht unbedingt mit dem Kreis der in der Jahresehebung bei den Gasversorgungsunternehmen der

Industrie zugerechneten Verbraucher deckt. Angaben über die Gaserzeugung in der Industrie und deren Verwendung werden durch eine jährliche Erhebung bei den Betrieben, die Anlagen dieser Art unterhalten, bereitgestellt. Da die gesamte Erzeugung in den eigenen Verbrauch geht, ohne daß ein Teil an Dritte abgegeben würde, sind Erzeugung und Verbrauch hier gleichzusetzen.

Der Verbrauch der Industriebetriebe an Orts- und Ferngas läßt sich auf Grund der Ergebnisse aus der monatlichen Industrieberichterstattung bis zum Jahre 1950 zurückverfolgen. Die Zahlen über den Verbrauch an Orts- und Ferngas zeigen dabei einen Verlauf an, der die drei folgenden unterschiedlichen Entwicklungsstadien erkennen läßt. Von 1950 an wuchs der Verbrauch an Orts- und Ferngas zunächst mehr oder minder kontinuierlich von 201 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> bis auf 511 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> im Jahre 1961. Danach ging der Verbrauch jedoch bis auf 391 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> im Jahre 1965 zurück. Für die letzten drei Jahre (1966 bis 1968) ist dann wieder ein Anstieg bis auf 490 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> festzustellen, ein Volumen, das noch unter dem bisherigen Spitzenverbrauch im Jahre 1961 liegt. Der Verbrauch an Erdgas schwankt dagegen seit 1956, dem ersten Jahr, für das dieser Tatbestand im monatlichen Industriebericht erfaßt wurde, um eine Gesamtmenge von etwa 55 Mill. cbm, ohne daß sich bisher eine eindeutige Entwicklungstendenz durchgesetzt hätte. Um ein Mehrfaches höher als der Bezug an Orts- und Ferngas und an Erdgas ist der Verbrauch an selbsterzeugtem Gas, obwohl nur eine ganz geringe Anzahl von Industrieunternehmen eigene Gasgewinnungsanlagen betreibt. Maßgebend dafür ist der außergewöhnliche hohe Bedarf der BASF, die das selbsterzeugte Gas vor allem als Rohstoff verwendet. Die mit dem Jahre 1956 einsetzenden und seit 1961 in jährlichem Turnus durchgeführten Erhebungen weisen zunächst eine Zunahme des Verbrauchs von 1 290 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> im Jahre 1956 auf 1 514 Mill. m<sup>3</sup><sub>n</sub> im Jahre 1959 nach. Dieses Niveau wurde in etwa bis 1963 gehalten. Seit diesem Jahr ist eine ständige Verbrauchssteigerung zu beobachten, deren Zuwachsraten besonders in den beiden letzten Jahren mit 5,2 und 13,5% recht beträchtlich gewesen sind.

Dr. K. Nold

## Löhne und Arbeitszeiten der Industriearbeiter im Oktober 1966

Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich

Nach dem im August-Heft veröffentlichten Bericht über Rechtsgrundlagen und Durchführung der Lohnstrukturerhebung vom Oktober 1966 sowie über die soziale Struktur der Beschäftigten behandelt dieser Beitrag die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der Industriearbeiter.

Unter dem hier verwendeten Begriff „Bruttoverdienst“ ist der tarifliche oder frei vereinbarte

Lohn einschließlich der tariflichen und außertariflichen Zulagen oder Zuschläge, welche dem Arbeiter für den Erhebungszeitraum gewährt wurden, zu verstehen. Dazu rechnen auch die vom Arbeitgeber freiwillig übernommenen Pflichtleistungen, wie Sozialversicherungsbeiträge oder steuerliche Verpflichtungen, sowie die Kosten für unentgeltlich gewährte Unterbringung und Verpflegung.



Bruttostundenverdienst Bruttomonatsverdienst			Arbeiter								Arbeiterinnen							
			insgesamt		Energie- wirtschaft		Verarbeitende Industrie				Bau- gewerbe		insgesamt		Verarbeitende Industrie			
							zusammen		Chemische Industrie						zusammen		Chemische Industrie	
			1962	1966	1962	1966	1962	1966	1962	1966	1962	1966	1962	1966	1962	1966	1962	1966
%																		
Bruttostundenverdienstklassen																		
unter 2,40 DM											60,4	12,7	60,5	12,7	48,1			
2,40 bis "	2,60 "		22,2	2,4	23,8	.	24,6	2,7	11,3	.	14,8	(0,7)	13,3	6,1	13,3	6,1	13,2	.
2,60 "	2,80 "					.				.			9,2	7,7	9,2	7,7	10,9	.
2,80 "	3,00 "					.				.			6,2	10,8	6,2	10,8	13,2	.
3,00 "	3,20 "		13,0	0,8	14,9	.	11,5	0,9	6,1	.	17,4	.	4,3	11,9	4,3	11,9	7,7	(11,6)
3,20 "	3,40 "		14,1	1,4	17,6	.	12,7	1,5	8,6	.	17,8	.	3,0	11,9	3,1	11,9	(5,7)	(14,4)
3,40 "	3,60 "		14,8	2,5	15,1	.	12,8	2,7	8,7	.	20,4	.	1,1	10,4	1,1	10,4	.	(16,3)
3,60 "	3,80 "		10,3	3,7	11,5	(3,7)	9,8	3,9	10,2	(1,7)	11,7	2,1	1,1	8,4	1,1	8,5	.	(15,4)
3,80 "	4,00 "		7,8	5,6	8,7	(5,6)	8,3	5,7	12,5	(2,5)	6,5	6,1	(0,6)	6,0	(0,6)	6,0	.	(9,3)
4,00 "	4,20 "		6,2	8,1	(4,9)	(7,2)	6,9	7,9	14,5	3,6	4,1	10,2	(0,4)	4,3	(0,4)	4,2	-	.
4,20 "	4,40 "		3,8	9,5	.	11,1	4,5	9,1	10,9	3,5	1,8	12,7	.	3,2	.	3,2	-	.
4,40 "	4,60 "		3,0	10,5	.	11,4	3,6	10,1	8,8	5,8	1,3	18,1	.	2,4	.	2,4	-	.
4,60 "	4,80 "		1,8	10,5	-	10,7	2,2	10,1	4,3	8,1	1,0	14,5	.	(1,5)	.	(1,5)	-	.
4,80 "	5,00 "		1,1	9,9	-	10,2	1,3	9,7	3,0	9,4	0,7	9,6	.	(1,2)	.	(1,2)	-	.
5,00 "	5,20 "		0,6	7,6	-	(8,0)	0,6	7,4	(0,7)	7,9	(0,4)	7,9	-	-	-	-	-	.
5,20 "	5,40 "		0,3	6,5	-	(7,7)	0,4	6,6	.	10,0	(0,4)	4,3	-	-	-	-	-	.
5,40 "	5,60 "		0,2	5,6	-	6,5	0,2	5,8	.	11,1	(0,3)	2,5	-	(1,5)	-	(1,5)	-	.
5,60 und mehr			0,8	15,4	-	15,3	0,6	15,9	.	33,4	1,4	9,6	-	-	-	-	-	.
Bruttomonatsverdienstklassen																		
unter 300 DM																		
300 bis "	350 "		4,4	2,1	(3,1)	.	5,4	2,3	2,6	(1,7)	1,7	.	6,4	3,0	6,4	3,0	.	-
350 "	400 "					.						.	7,4	4,2	7,4	4,2	(4,3)	.
400 "	450 "					.						.	14,3	5,0	14,4	5,0	(6,3)	.
450 "	500 "					.						.	21,6	7,8	21,6	7,8	20,0	.
500 "	550 "		4,5	0,9	(4,0)	.	5,1	1,0	2,1	.	2,7	.	18,6	11,5	18,6	11,5	22,9	.
550 "	600 "		8,1	1,5	8,7	.	8,6	1,7	4,2	.	6,5	(0,9)	12,8	16,0	12,8	16,0	17,5	(12,1)
600 "	650 "		12,1	2,7	16,7	.	11,4	2,9	7,5	.	13,7	(1,4)	8,2	16,7	8,1	16,7	15,5	(13,9)
650 "	700 "		14,5	4,8	14,7	.	13,3	5,0	9,5	(2,5)	18,1	3,7	5,2	12,0	5,2	12,0	8,0	23,3
700 "	750 "		13,3	6,9	20,4	(6,2)	12,0	7,0	9,1	(2,4)	16,4	7,4	2,4	9,1	2,4	9,1	.	(16,3)
750 "	800 "		11,4	9,2	9,5	(6,8)	11,4	9,3	14,1	4,4	11,5	12,8	1,4	5,8	1,4	5,8	.	.
800 "	900 "		16,4	20,2	12,9	21,6	17,3	19,9	29,7	13,1	14,1	26,8	(0,6)	3,3	(0,6)	3,3	-	.
900 "	1 000 "		8,9	17,2	6,7	21,5	9,5	16,9	16,0	15,9	7,6	19,0	.	(1,2)	.	(1,2)	-	.
1 000 "	1 100 "			13,6		13,7		13,3		21,2		10,9	-	-	-	-	-	.
1 100 "	1 200 "			9,5		9,5		9,4		20,6		6,6	-	-	-	-	-	.
1 200 "	1 300 "		6,4	5,6	(3,3)	(7,9)	6,0	5,6	5,2	10,0	7,7	4,4	-	-	-	-	-	.
1 300 "	1 400 "			2,9		.		2,9		4,0		2,3	-	-	-	-	-	.
1 400 und mehr				2,9		(4,4)		2,8		(2,6)		3,0	-	-	-	-	-	.

Als Abzüge gelten die gesetzlichen Abgaben, das heißt Lohnsteuer (ohne Kirchensteuer) und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung.

Die bezahlten Stunden setzen sich zusammen aus den geleisteten Stunden, den bezahlten Ausfallstunden für gesetzliche Feiertage, Urlaub, Arbeitspausen und aus der sonstigen bezahlten Freizeit. Geleistete Stunden sind die tatsächlich erbrachten Arbeitsstunden, wie sie üblicherweise in den Betrieben die Stechuhr anzeigt, abzüglich der betrieblich geregelten Pausen. Als Mehrarbeit gilt die Arbeitszeit, die über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit hinausgeht, welche aber nicht durch Freizeit abgegolten wird, ganz gleich, ob dafür Zuschläge gezahlt werden oder nicht.

## 1. Bruttolöhne

a. Verdienstsichtung: Die obere und untere Begrenzung der Verdienstklassen, wie sie noch 1962 sinnvoll war, ließ sich infolge der innerhalb von vier Jahren eingetretenen beachtlichen Verdienststeigerung nicht mehr einhalten. So mußte zum Beispiel bei den Arbeitern der Grenzwert der untersten Klasse von 1,40 DM auf 3 DM und bei der höchsten Verdienstklasse von 4 DM auf 5,60 DM angehoben werden. Im Oktober 1966 er-

hielten nämlich nur noch etwas mehr als 20% der in den erfaßten Betrieben beschäftigten Arbeiter einen Stundenlohn von weniger als 3 DM, während es 1962 immerhin noch über 220% waren. Nach der Lohnstrukturhebung 1957 verdienten rund 40% der Industriearbeiter über 3 DM in der Stunde, 1962 waren es bereits 780% und 1966 sogar nahezu 980%. Auf einen Bruttostundenlohn von über 5 DM kamen 1966 schon 350% der Arbeiter, reichlich 150% verdienten sogar mehr als 5,60 DM.

Innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergab sich eine ungleichmäßige Entwicklung. In der Energiewirtschaft (hier und im folgenden einschließlich Wasserversorgung) erreichten 1962 knapp 240% der Arbeiter noch nicht einmal einen Stundenlohn von 3 DM, und rund 50% erhielten zwischen 4 und 4,20 DM. Im Jahre 1966 waren es rund 810% der Beschäftigten, die mehr als 4,20 DM und etwa 150%, welche über 5,60 DM verdienten. In der verarbeitenden Industrie kamen fast 830% auf über 4 DM in der Stunde, und 160% überstiegen sogar 5,60 DM. In der chemischen Industrie wurde bereits einem Drittel der Beschäftigten ein Stundenlohn gezahlt, der über 5,60 DM lag, und fast drei Viertel erhielten 4,80 DM und mehr.



Näheren Aufschluß über die Entwicklung der Arbeitseinkommen vermittelt die Unterteilung der Arbeiter nach Bruttomonatsverdienstklassen. In den Monatsverdiensten kommt nämlich noch die Arbeitszeit als ein die Höhe der Verdienste mitbestimmender Faktor zum Ausdruck. Ein über 1 000 DM liegendes monatliches Bruttoarbeitseinkommen erzielten 1966 fast 35% der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, 1962 waren es erst etwas über 6%. Weitere 37% hatten einen Monatsverdienst zwischen 800 und 1 000 DM, 1962 lag dagegen das Bruttoeinkommen von über der Hälfte der Beschäftigten in der Spanne von 600 bis 800 DM. Sehr deutlich in den Vordergrund tritt die Verschiebung in der chemischen Industrie. Dort überschritten rund 58% der männlichen Beschäftigten die Grenze von 1 000 DM, gegenüber nur rund 5% im Jahre 1962, und weitere 29% erhielten Verdienste, die sich zwischen 800 und 1 000 DM bewegten. Im Jahre 1962 wurden in der chemischen Industrie dagegen von rund 70% der Arbeiter bereits Monatseinkommen von 600 bis 900 DM erzielt. Veränderungen in diesem Umfange waren indessen im Baugewerbe nicht festzustellen. Dort trat innerhalb der Verdienstklassen zwar ebenfalls die Verschiebung nach oben ein, wobei sich aber in erster Linie die mittleren Klassen stärker verdichtet haben. Im Oktober 1962 kamen im Baugewerbe - mehr als in den anderen Wirtschaftsbereichen - bereits nahezu 8% der Beschäftigten auf ein monatliches Arbeitseinkommen von über 1 000 DM, im Oktober 1966 sogar rund 27%, ein Satz der wesentlich unter dem Durchschnitt aller Bereiche (35%) liegt. Dafür war jedoch mit 46% die Spanne von 800 bis 1 000 DM wiederum erheblich stärker besetzt als im Durchschnitt (37%).

Die Gründe für die beachtliche Verschiebung des Anteils der Arbeiter in den einzelnen Verdienstklassen sind offenbar die gleichen, die auch für die bereits zwischen den Jahren 1957 und 1962 liegenden beträchtlichen Veränderungen der Klassen ausschlaggebend waren. Die Hochkonjunktur, verbunden mit einem starken Kräftenmangel, hat auch in den folgenden vier Jahren weiter angehalten, wodurch sich der Preis des Produktionsfaktors Arbeit in unvermindertem Tempo steigerte.

Die gleichen Gründe waren auch für die Veränderungen in den Verdienstklassen der Arbeiterinnen maßgebend. Im Oktober 1962 lag der Bruttostundenlohn für über 60% der weiblichen Kräfte unter 2,40 DM, im gleichen Monat 1966 verdienten nicht ganz 13% weniger als 2,40 DM, und über 3 DM Stundenlohn wurden für etwa 63% der Beschäftigten ermittelt gegenüber nur 10% vier Jahre zuvor. Da aber die fortschreitende Arbeitszeitverkürzung sich für die weiblichen Beschäftigten stärker auswirkte, sind die Monatseinkommen nicht in dem Maße gestiegen wie die Stundenlöhne. Etwa zwei Drittel der Beschäftigten kamen auf ein monatliches Arbeitseinkommen von über 500 DM, 1962 waren es immerhin schon 32%. Etwas stärker verdichtet haben sich die Klassen zwischen 500 und 700 DM Bruttomonatseinkommen, während die Gruppen unter 500 DM wesentlich dünner besetzt waren als 1962.

b. Durchschnittsverdienste: Als Durchschnittslöhne der Arbeiter werden nur die der tarifmäßig höchsten Altersstufe angehörenden, das sind fast ausschließlich die über 21 Jahre alten Beschäftigten, nachgewiesen. Der Bruttostundenlohn des Industriearbeiters erreichte 1966 im Durchschnitt 4,83 DM, nahezu 38% mehr als 1962. Die Löhne der Arbeiterinnen stiegen in der gleichen Zeit um rund 41% von 2,44 DM auf 3,43 DM. Da die prozentuale Steigerung der Stundenlöhne bei Arbeitern und Arbeiterinnen zwischen 1962 und 1966 erheblich geringer war als zwischen 1957 und 1962, und zudem auch noch der Kaufkraftschwund, gemessen an der Bewegung des Preisindex für die Lebenshaltung der mittleren Verbrauchergruppe, sich verstärkte, war die reale Lohnsteigerung zwischen den beiden letzten Erhebungen geringer als zwischen 1957 und 1962. Wie stark aber die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft in dem Zeitraum von 1957 bis 1966 war, zeigt sich daran, daß in diesen neun Jahren die Stundenlöhne der Arbeiter um 114%, die der Arbeiterinnen rund 130% anstiegen, der erwähnte Preisindex wies dagegen nur eine Veränderungsrate von etwas über 24% auf.

Verschieden hoch waren die für die einzelnen Wirtschaftszweige errechneten Durchschnittslöhne.

Bruttoverdienste und Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen und Leistungsgruppen im Oktober 1966

Geschlecht Wirtschaftsbereich	Bruttostundenverdienst				Bruttowochenverdienst				Bezahlte Wochenarbeitszeit			
	ins- ge- samt	Leistungsgruppe			ins- ge- samt	Leistungsgruppe			ins- ge- samt	Leistungsgruppe		
		1	2	3		1	2	3		1	2	3
DM					Stunden							
Arbeiter	4, 83	5, 08	4, 69	4, 24	225	238	218	192	46, 7	46, 0	46, 7	45, 4
Energiewirtschaft	4, 88	4, 95	4, 67	(3, 85)	234	236	230	(174)	48, 0	47, 8	49, 3	(45, 3)
Verarbeitende Industrie	4, 83	5, 09	4, 70	4, 26	224	236	218	192	46, 4	46, 6	46, 6	45, 2
Chemische Industrie	5, 28	5, 65	4, 98	(4, 01)	244	254	235	(192)	46, 3	45, 1	47, 3	(47, 0)
Baugewerbe	4, 76	4, 99	4, 55	4, 20	222	235	212	190	46, 8	47, 3	46, 8	45, 3
Arbeiterinnen	3, 43	3, 93	3, 47	3, 30	142	156	142	138	41, 4	39, 9	41, 2	41, 9
Verarbeitende Industrie	3, 43	3, 93	3, 47	3, 30	142	156	142	138	41, 4	39, 9	41, 2	41, 9
Chemische Industrie	3, 68	.	3, 89	3, 41	154	.	163	142	41, 9	.	41, 0	41, 9



Weit über dem Durchschnitt, mit 5,28 DM für die Männer und 3,68 DM für die Frauen, lagen die für die chemische Industrie ermittelten Werte. Sie überstiegen um 9 bzw. 7% den für alle Bereiche errechneten Durchschnitt, während der Lohn eines Bauarbeiters mit 4,76 DM knapp darunter lag. Die Durchschnittslöhne der einzelnen Leistungsgruppen lassen annähernd die gleichen Relationen erkennen, wie sie bereits 1962 gegeben waren, das heißt die Erhöhung der Löhne ist ziemlich gleichmäßig verlaufen. Der Stundenlohn des Facharbeiters liegt um etwa 5% über dem Durchschnitt, der des Angelernten um knapp 3% und der für die Hilfsarbeiter um 12 bis 13% darunter. Den höchsten Lohn erhielt wie bereits 1962 der Chemiefacharbeiter mit 5,65 DM in der Stunde und unter den Angelernten ebenfalls der in der chemischen Industrie Beschäftigte mit 4,98 DM. Die teilweise zu geringe Besetzung in den Leistungsgruppen der Wirtschaftszweige läßt eine eindeutige Aussage über die Unterschiede hinsichtlich der Lohnhöhe der Hilfsarbeiter nicht zu. Bemerkenswert ist jedoch, daß der Hilfsarbeiterlohn im Baugewerbe, ebenso wie 1962, knapp unter dem für die Hilfsarbeiter insgesamt errechneten Durchschnitt lag.

Etwas anders als bei den Männern zeigt sich die Lohnstruktur bei den Frauen, was jedoch ohne Zweifel mit der Struktur der Beschäftigten zusammenhängt. Der Stundenlohn der Facharbeiterin lag nämlich um 15% über dem Durchschnitt, und auch für die angelernte Kraft ergab sich ein Lohn, der diesen Durchschnitt noch etwas überstieg, während die Hilfskräfte nur knapp unter diesem lagen. Daraus ist zu folgern, daß bei der Berechnung der Durchschnitte die große Anzahl der weiblichen Hilfskräfte den Ausschlag gab. Im Oktober 1962 herrschten ähnliche Verhältnisse, nur war damals der Anteil der Hilfskräfte an der Beschäftigung von Frauen noch etwas höher als 1966. Auf diese Entwicklung ist offenbar der anhaltende Kräfte-mangel nicht ohne entscheidenden Einfluß geblieben. Die höchsten Löhne wurden den Frauen ebenfalls in der chemischen Industrie gezahlt. Dort lag sogar der Bruttostundenlohn des weiblichen Angelernten noch um 13% über dem für sämtliche weiblichen Beschäftigten ermittelten Durchschnittswert. Für die weibliche Fachkraft in der Chemie, deren Stundenlohn wesentlich höher sein muß, lassen sich wegen der geringen Repräsentation keine korrekten Durchschnittswerte mehr errechnen.

Die Bruttowochenverdienste stiegen, von einigen Ausnahmen abgesehen, prozentual etwas weniger an als die Bruttostundenlöhne. Hier machte sich die bereits seit längerer Zeit mit Erfolg angestrebte Arbeitszeitverkürzung stärker bemerkbar, obwohl diese durch steigende Mehrarbeitszeiten teilweise ausgeglichen wurde. Im Durchschnitt verdiente ein Arbeiter 1966 brutto etwa 225 DM, die Arbeiterin 142 DM in der Woche. Der höchste Wochenverdienst mit 244 bzw. 154 DM wurde erwartungsgemäß in der chemischen Industrie erzielt. Werden diese Verdienste nach Leistungsgruppen und Wirtschaftszweigen unterschieden, so ist nur in einem Falle eine wesentlich größere prozentuale Steigerung der

Bruttoverdienste und Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Geschlecht, Lohnformen und Leistungsgruppen im Oktober 1966

Geschlecht Lohnform	Ins- gesamt	Leistungsgruppe		
		1	2	3
Bruttostundenverdienst in DM				
<u>Arbeiter</u>	4, 83	5, 08	4, 69	4, 24
Zeitlöhner	4, 69	4, 94	4, 54	4, 10
Leistungslöhner	5, 27	5, 49	5, 09	4, 77
Mischlöhner	5, 10	5, 36	4, 91	4, 79
<u>Arbeiterinnen</u>	3, 43	3, 93	3, 47	3, 30
Zeitlöhner	3, 25	3, 71	3, 29	3, 14
Leistungslöhner	3, 73	4, 26	3, 71	3, 64
Mischlöhner	3, 66	(4, 02)	3, 77	3, 40
Bruttowochenverdienst in DM				
<u>Arbeiter</u>	225	238	218	192
Zeitlöhner	222	237	216	186
Leistungslöhner	232	242	226	208
Mischlöhner	231	243	223	219
<u>Arbeiterinnen</u>	142	156	142	138
Zeitlöhner	135	150	136	132
Leistungslöhner	151	164	150	150
Mischlöhner	152	(159)	156	145
Bezahlte Wochenarbeitszeit in Stunden				
<u>Arbeiter</u>	46, 7	46, 0	46, 7	45, 4
Zeitlöhner	47, 5	47, 0	47, 6	45, 6
Leistungslöhner	44, 2	44, 1	44, 4	43, 8
Mischlöhner	45, 5	45, 4	45, 5	45, 8
<u>Arbeiterinnen</u>	41, 4	39, 9	41, 2	41, 9
Zeitlöhner	41, 7	40, 7	41, 5	42, 1
Leistungslöhner	40, 7	38, 6	40, 6	41, 4
Mischlöhner	41, 7	(39, 6)	41, 5	42, 7

Wochenlöhne gegenüber den Stundenlöhnen gegeben. Das trifft für die angelernten Arbeiter in der Energiewirtschaft zu, denn dort wurde gegenüber 1962 eine außergewöhnliche Zunahme der Wochenarbeitszeit von über drei Stunden festgestellt. Durch die zurückgegangenen Wochenarbeitszeiten bei den Frauen - sie betrugen teilweise nahezu drei Stunden - konnten sich die Wochenlöhne nicht in dem Maße verbessern wie die Stundenlöhne. Die Erhöhung war aber prozentual trotzdem nicht viel geringer als bei den Männern, denn der Rückgang der bezahlten Arbeitszeit konnte durch entsprechend gestiegene Stundenlöhne weitgehend ausgeglichen werden.

Einige Unterschiede lassen auch die Lohnformen und Qualifikationsstufen erkennen. Den höchsten Stunden- und Wochenverdienst sowohl für die männlichen als auch die weiblichen Beschäftigten erhielten - von einer nur unbedeutenden Ausnahme abgesehen - die Leistungslöhner, obwohl die für sie ermittelte Wochenarbeitszeit nicht unwesentlich geringer war als bei den anderen Lohnformen. Der Mittelwert für den Stundenverdienst lag bei den Männern um über 12%, bei den Frauen um etwa 15% über dem für die Zeitlöhner. Der Abstand zu den Mischlöhnern war natürlich wesentlich geringer, etwa 3 bzw. 2%. Der Mischlohn läßt sich jedoch nicht so genau abgrenzen, denn es ist nicht festzustellen, wie stark dabei in den einzelnen Fällen das Gewicht des Zeitlohnes oder des Leistungslohnes ist. In der Unterscheidung nach Leistungsgruppen war keine wesentlich andere Situation gegeben, und ähnliche Relationen konnten auch 1962 festgestellt werden.



In einer nachträglichen Befragung zur Lohnstrukturserhebung 1966 wurden noch die Bruttojahresverdienste derjenigen Beschäftigten ermittelt, die während des ganzen Jahres in einem ununterbrochenen Arbeitsverhältnis standen, wobei die Weihnachtsgratifikation als Darunter-Zahl gesondert ausgewiesen wurde. Als Bruttojahresverdienst für die Arbeiter wurde ein Betrag von ungefähr 11 660 DM, für die Arbeiterinnen ein solcher von etwa 7 280 DM ermittelt; 4% davon entfielen bei den Männern und nur knapp 3% bei den Frauen auf die Weihnachtsgratifikation. Auf ein Monatsmittel umgerechnet entspricht die Weihnachtszuwendung an die Männer etwa der Hälfte, an die Frauen allerdings nur einem Drittel eines Monatsverdienstes. Erhebliche Unterschiede bestanden jedoch zwischen den für die einzelnen Leistungsgruppen und Wirtschaftszweigen errechneten Werten. Die anteilmäßig höchste Gratifikation wurde von den Betrieben der verarbeitenden Industrie gewährt. Sie war dort auch höher als die Hälfte eines durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes. Die geringste Zuwendung dieser Art wurde für das Baugewerbe ermittelt. Dort erreichte sie nur etwa 10% eines Monatsverdienstes.

## 2. Abzüge und Nettolöhne

a. Lohnsteuer und Sozialversicherung: Im Durchschnitt machten die gesetzlichen Abzüge vom Bruttoverdienst zusammen 20% aus. Es entfielen etwas mehr als 8% auf die Lohnsteuer und 12% auf die Leistungen an die Sozialversicherung. Die Anteile der Lohnsteuer und der Sozialversicherung waren gegenüber 1962 nur wenig höher. Der Lohnsteueranteil an dem für die Leistungsgruppe 1 errechneten Bruttoverdienst war mit fast 9% etwas größer als bei den beiden anderen Gruppen. Da jedoch der Anteil der Beiträge zur Sozialversicherung geringer, dort wiederum

Bruttoverdienste, gesetzliche Abzüge und Nettoverdienste der Industriearbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Geschlecht, Leistungsgruppen und Wirtschaftsbereichen im Oktober 1966

Geschlecht Leistungsgruppe Wirtschaftsbereich	Bruttoverdienst		Gesetzliche Abzüge		Nettoverdienst	
	Stundenverdienst	Wochenverdienst	Lohnsteuer	Sozialversicherung	Stundenverdienst	Wochenverdienst
	DM		%		DM	
<b>Arbeiter</b>						
Insgesamt	4,83	225	8,2	12,0	3,85	180
Leistungsgruppe 1	5,08	238	8,7	11,8	4,04	189
Leistungsgruppe 2	4,69	218	7,6	12,0	3,77	175
Leistungsgruppe 3	4,24	192	7,2	12,5	3,40	154
<b>Wirtschaftsbereiche</b>						
Energiewirtschaft	4,88	234	8,0	12,4	3,88	186
Verarbeitende Industrie	4,83	224	8,1	11,9	3,86	179
Chemische Industrie	5,28	244	8,2	11,2	4,26	197
Baugewerbe	4,76	222	8,1	12,2	3,79	177
<b>Arbeiterinnen</b>						
Insgesamt	3,43	142	8,4	12,8	2,70	112
Leistungsgruppe 1	3,93	156	9,7	12,7	3,05	121
Leistungsgruppe 2	3,47	142	8,4	12,8	2,73	112
Leistungsgruppe 3	3,30	138	8,1	12,8	2,61	109
<b>Wirtschaftsbereiche</b>						
Verarbeitende Industrie	3,43	141	8,4	12,8	2,70	111
Chemische Industrie	3,68	154	9,1	12,8	2,87	120

aber etwas höher war, glich sich das Mehr an Lohnsteuer prozentual fast aus, das heißt die Abzüge erreichten bei den Arbeitern der höchsten Leistungsgruppe nicht ganz 21%, in den beiden anderen Gruppen lagen sie bei knapp 20%. Nach Wirtschaftsbereichen unterschieden ergibt sich ein ähnliches Bild. Die Abzüge für Lohnsteuer bewegten sich zwischen 8 und 8,2%, die Sozialversicherungsbeiträge allerdings zwischen 11,2% in der chemischen Industrie und 12,4% in der Energiewirtschaft. Am geringsten war der Anteil der Abzüge bei der chemischen Industrie mit etwas über 19%, obwohl dort die höchsten Verdienste erzielt werden.

Prozentual etwas stärker als die der männlichen waren die Verdienste der weiblichen Beschäftigten mit gesetzlichen Abgaben belastet, denn dort überschritten die Abzüge teilweise 22%. Im Durchschnitt verlangte der Steuerabzug 8,4% und der Beitrag zur Sozialversicherung 12,8% des Bruttolohnes. In der Leistungsgruppe 1 erreichte der Steuerabzug sogar fast 10%. Hier entfielen fast 23% des Bruttolohnes auf die vorgenannten Abzüge. Im Gegensatz zu den Arbeitern waren die Abzüge bei den Arbeiterinnen in der chemischen Industrie hoch. Insbesondere lag der Steuerabzug mit über 9% wesentlich über dem Durchschnitt. Die verhältnismäßig stärkere Belastung der Verdienste der Frauen durch Steuern hat ihre Ursache in der Struktur der Beschäftigten. Entweder handelt es sich um jüngere ledige Kräfte, das dürfte die überwiegende Zahl der weiblichen Beschäftigten sein, oder um Verheiratete, die häufig nach Steuerklasse V veranlagt werden. Die Steuersätze sind dadurch wesentlich höher als bei den Männern, die zu einem viel stärkeren Teil nach Klasse III versteuert werden und daher günstigere Sätze haben. Die Sozialversicherungsbeiträge sind bei den Frauen deshalb höher, weil ihre Verdienste in weit weniger Fällen als bei den Männern die Beitragsgrenze zur Krankenversicherung überschreiten, von der ab der Beitrag ohne Rücksicht auf die Höhe des Verdienstes konstant bleibt. Auch 1962 war das bereits so, jedoch sind die Unterschiede deswegen nicht so groß, weil in der Zwischenzeit die Beiträge ebenfalls erhöht worden sind.

b. Nettolöhne: Durch die gesetzlichen Abzüge war der für die Arbeiter in der Industrie ermittelte Nettostundenlohn um etwa 1 DM, der Nettowochenlohn um 45 DM niedriger als der entsprechende Bruttolohn. Auch 1966 war das Verhältnis, trotz der größeren Abzüge als 1962, annähernd das gleiche. Die absoluten Beträge für die Abzüge waren jedoch ihrer Höhe nach in den Leistungsgruppen und Wirtschaftszweigen etwas verschieden. So war beispielsweise der Nettolohn in der Leistungsgruppe 1 um fast 50 DM geringer als der Bruttowochenlohn, in der Leistungsgruppe 2 betrug die Minderung 43 DM und 38 DM in der Gruppe 3. In den Betrieben der Energiewirtschaft waren die Nettolöhne um 48 DM, in der chemischen Industrie um 47 DM geringer als die Bruttolöhne. Die gesamte verarbeitende Industrie und das Baugewerbe hatten im Durchschnitt als Nettolohn einen um 45 DM verminderten Bruttowochenlohn.



Bezahlte Wochenarbeitszeit	Arbeiter					Arbeiterinnen		
	insgesamt	Energie- wirtschaft	Verarbeitende Industrie		Bau- gewerbe	insgesamt	Verarbeitende Industrie	
			zusammen	Chemische Industrie			zusammen	Chemische Industrie
	%							
unter 38 Stunden	2, 1	.	2, 1	.	2, 9	10, 8	10, 8	.
38 bis " 39 "	1, 4	.	1, 5	.	(1, 7)	6, 4	6, 4	.
39 " " 40 "	5, 4	2, 9	5, 8	(1, 9)	3, 6	18, 1	18, 1	.
40 " " 41 "	5, 0	.	5, 6	4, 0	4, 1	13, 3	13, 3	.
41 " " 42 "	16, 5	(1, 5)	17, 9	26, 0	6, 5	21, 6	21, 6	55, 8
42 " " 43 "	8, 1	.	8, 5	4, 8	9, 3	9, 8	9, 8	.
43 " " 44 "	6, 5	10, 4	6, 5	6, 5	6, 3	7, 2	7, 2	(12, 1)
44 " " 45 "	7, 6	19, 4	7, 1	4, 4	14, 1	4, 0	4, 0	.
45 " " 46 "	5, 0	11, 8	4, 9	3, 9	7, 7	2, 2	2, 2	.
46 " " 47 "	5, 4	(7, 0)	5, 2	8, 5	5, 7	1, 5	1, 5	.
47 und mehr "	37, 0	44, 9	34, 9	39, 2	38, 1	5, 1	5, 1	.

### 3. Arbeitszeiten

a. **Arbeitszeitklassen:** In der nach Klassen spezifizierten Arbeitszeit ist gegenüber 1962 eine Verschiebung erkennbar, die, von wenigen Fällen abgesehen, auf eine stärkere Auswirkung der fortschreitenden allgemeinen Arbeitszeitverkürzung schließen läßt. Zwar war der Prozentsatz der Beschäftigten, die im Oktober 1966 über 47 Stunden Arbeitszeit bezahlt erhielten, mit 37% sogar etwas höher als 1962, dagegen betrug aber der Anteil der Beschäftigten, für die weniger als 42 Stunden bezahlt wurden, über 30% gegenüber nur 10% im Jahre 1962. Dabei erhielt ein weiteres Drittel eine Bezahlung für 42 bis 47 Stunden, während es 1962 in dieser Spanne immerhin noch zwei Drittel der Beschäftigten waren.

In der Energiewirtschaft stieg die Anzahl der Beschäftigten mit mehr als 47 Stunden bezahlter Arbeitszeit von 39% auf fast 45%, jedoch waren 1962 in den Klassen mit über 45 Stunden noch mehr als 78%, 1966 dagegen nur rund 64% der Beschäftigten vorhanden. Auch in der verarbeitenden und in der chemischen Industrie hatte die Spitzengruppe jeweils höhere Prozentsätze als 1962, aber die Dichte der nachfolgenden Gruppen mit geringeren Arbeitszeiten verschob sich teilweise sogar stark in Richtung der unteren Arbeitszeitklassen. In der verarbeitenden Industrie wurden 1962 noch für etwa die Hälfte der Beschäftigten mehr als 45 Stunden bezahlte Wochenarbeitszeit ausgewiesen, während es im Berichtsjahr 45% waren. In der Gruppe mit 42 bis 45 Stunden waren damals noch 40% der Beschäftigten, 1966 dagegen nur 22%. Die Gruppe mit 40 bis 42 Wochenstunden füllte sich dafür beträchtlich auf. In der chemischen Industrie ist die Entwicklung etwas anders verlaufen. Die Arbeiter mit einer bezahlten Wochenarbeitszeit von über 45 Stunden haben sich von 45% auf fast 52% erhöht, davon allein die über 47 Stunden Arbeitenden von nicht ganz 29% auf über 39%. Dagegen befanden sich in den Klassen mit 40 bis 42 Stunden 30% der Beschäftigten, während es 1962 nur 7% waren. Im Baugewerbe scheint sich die Arbeitszeitverkürzung wesentlich gleichmäßiger auf die Besetzung der Arbeitszeitklassen ausgewirkt zu haben. Im Oktober 1962 wurden in diesem Bereich noch für rund 62% der Beschäftigten mehr als 45 bezahlte Wo-

chenstunden nachgewiesen, vier Jahre später dagegen etwas über 51%. Die Bauarbeiter mit 40 bis 42 bezahlten Arbeitsstunden machten nahezu 11%, damals nicht ganz 6% aus.

Noch wesentlich stärker als bei den Arbeitern ist die in den vergangenen vier Jahren eingetretene Arbeitszeitverkürzung bei den Arbeiterinnen wirksam geworden. Über 45 Stunden Wochenarbeitszeit hatten 1962 noch mehr als 18% der Beschäftigten, 1966 nicht einmal ganz 9%. Dem Anteil von 56%, der auf die Spanne von 40 bis 45 Stunden fiel, standen 60% gegenüber, und die weiblichen Beschäftigten mit einer bezahlten Wochenarbeitszeit von unter 40 Stunden machten über 35%, gegenüber nur 13% im Oktober 1962, aus.

b. **Durchschnittliche Arbeitszeit:** Die für den Oktober 1966 für die Arbeitszeit der Arbeiter ermittelten Durchschnittswerte haben sich zum überwiegenden Teil gegenüber 1962 nur wenig verändert. Bemerkenswert ist jedoch, daß die tatsächlich eingetretene Arbeitszeitverkürzung, offenbar infolge der in dieser Zeit weiter anhaltenden Konjunktur, durch eine Erhöhung der Mehrarbeitszeit einigermaßen ausgeglichen wurde. So war die bezahlte Wochenarbeitszeit der Arbeiter nur um 0,2 Stunden, die geleistete hingegen um 0,6 Stunden geringer als 1962. Demnach machten der Urlaub und die sonstige Freizeit etwas mehr aus als vorher. Die Mehrarbeit hat sich dagegen um 1,2 Stunden in der Woche erhöht. In den Wirtschaftszweigen sind die Durchschnittswerte für die Arbeitszeit teilweise gestiegen, teilweise aber auch zurückgegangen. Die Energiewirtschaft lag mit einer Stunde bezahlter und geleisteter Arbeitszeit über dem Mittel von 1962. Da aber gleichzeitig die Mehrarbeitszeit dort um etwa eine Stunde gestiegen ist, hat sich in diesem Bereich die Arbeitszeitverkürzung nicht ausgewirkt. In der verarbeitenden Industrie gingen sowohl die bezahlte als auch die geleistete Arbeitszeit etwas zurück, wobei sich die Mehrarbeitszeit um über eine Stunde erhöhte. In der chemischen Industrie stiegen wiederum alle drei Arten der Arbeitszeiten an, am stärksten mit einer Stunde die Mehrarbeitszeit. Im Baugewerbe ist außer der Zunahme der Mehrarbeitsstunden ein Rückgang der für die Arbeitszeiten ermittelten Werte festzustellen. Die Schwankungen in der Ent-



Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Geschlecht und Wirtschaftsbereichen im Oktober 1966

Wirtschaftsbereich	Bezahlte Wochenarbeitsstunden	Geleistete Wochenarbeitsstunden		Mehrarbeitsstunden	
	Stunden		%	Stunden	%
<u>Arbeiter</u>	46,7	44,2	94,6	4,6	9,9
Energiewirtschaft	48,0	44,8	93,3	3,6	7,5
Verarbeitende Industrie	46,4	43,8	94,4	4,4	9,5
Chemische Industrie	46,3	42,6	92,0	2,3	5,0
Baugewerbe	46,8	46,1	98,5	5,2	11,1
<u>Arbeiterinnen</u>	41,4	40,1	96,9	1,0	2,4
Verarbeitende Industrie	41,4	40,1	96,9	1,0	2,4
Chemische Industrie	41,9	40,4	96,4	0,4	1,0

wicklung der Arbeitszeit innerhalb der Wirtschaftszweige glichen sich untereinander weitgehend aus, jedoch kommt darin der Rückgang der normalen Arbeitszeit unter Berücksichtigung der nicht unbe-

trächtlichen Zunahme der Mehrarbeitszeit, immer noch stark genug zum Ausdruck.

Die meist tarifmäßig festgelegte Arbeitszeitverkürzung wird in ihrer ganzen Auswirkung bei der Entwicklung der Arbeitszeit der Frauen sichtbar. Der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit, die auch in der Konjunktur kaum durch eine Mehrarbeitszeit ausgeglichen wird, war dort nicht unbeträchtlich. Im Durchschnitt liegt die Wochenarbeitszeit der Frauen um 5 bzw. mehr als 4 Stunden unter der der Männer. Die Arbeitszeiten haben sich gegenüber 1962 um jeweils weitere zwei Stunden vermindert. Die Mehrarbeitszeit ist dagegen nur in einem ganz geringen Umfang gestiegen, vermochte aber keinesfalls den erheblichen Rückgang der bezahlten und der geleisteten Arbeitsstunden auszugleichen. Da es sich bei der Beschäftigung der Frauen überwiegend um junge Kräfte handelt, ist die Spanne zwischen geleisteten und bezahlten Arbeitsstunden wesentlich geringer als bei den männlichen Beschäftigten.

Dr. Th. Walter

## Entwicklung der Anbauverhältnisse im Weinbau seit 1964

### Ergebnisse der Fortführung des Weinbaukatasters 1968

In Anbetracht des in Kürze zu erwartenden Gemeinsamen Europäischen Weinmarktes und der hierfür notwendigen Kenntnisse über die Produktionsgrundlagen sowie deren Veränderung besonders hinsichtlich Rebflächenumfang und Rebsortenbestand schien es angezeigt, die laufende Vervollständigung des zum 31. Dezember 1964 eingerichteten Weinbaukatasters nach EWG-einheitlichen Richtlinien zu regeln. Die EWG-Kommission bestimmte daher mit der Verordnung Nr. 39/68 vom 11. Januar 1968, daß das Weinbaukataster bis zu seiner vollständigen Neuerstellung im Jahre 1977 nicht, wie ursprünglich in der EWG-Verordnung Nr. 26/64 vorgesehen, durch Stichprobenerhebungen, sondern jährlich durch Erklärungen aller Betriebsinhaber über die in der Zeit vom 1. Juni des Vorjahres bis zum 31. Mai durchgeführten Ro-

dungen und Anpflanzungen von Rebgrundstücken auf den neuesten Stand zu bringen ist. Unter Rodung ist hierbei die vollständige Beseitigung aller auf einem Rebgrundstück angebauten Rebstöcke zu verstehen. Als Anpflanzung gilt das Pflanzen von pflanzfertigen Reben oder Teilen von Reben auf einer zusammenhängenden Fläche in der Absicht, ein Rebgrundstück erstmalig zu begründen oder wiederaufzubauen. Die erste Fortführung sollte zum 31. Mai 1968 stattfinden und sich auf die gesamte seit der Einrichtung des Weinbaukatasters vergangene Zeit erstrecken. In den Veränderungsnachweisen waren von den Betriebsinhabern für jedes bepflanzte bzw. gerodete Rebgrundstück neben den Identifizierungsmerkmalen, wie Flur- und Parzellennummer, Flächengröße, Rebsorte, Art der Erzeugung, Lagegestaltung und Alter der gerodeten

Bestockte Rebfläche nach Lagegestaltung und Regierungsbezirken 1964 - 1968

Regierungsbezirk	Stand bzw. Veränderungen 1965 - 1968	Ins-gesamt	Flachlage		Hanglage		Steillage		Hochebene	
			ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
Koblenz	Stand 31. 12. 1964	7 129	1 448	20,3	2 975	41,7	2 532	35,5	174	2,5
	gerodet 1965 - 1968	368	47	12,8	139	37,8	175	47,5	7	1,9
	gepflanzt 1965 - 1968	796	211	26,5	326	40,9	230	28,9	29	3,7
	Stand 31. 5. 1968	7 557	1 612	21,3	3 162	41,9	2 587	34,2	196	2,6
Trier	Stand 31. 12. 1964	6 942	1 080	15,6	3 780	54,4	2 068	29,8	14	0,2
	gerodet 1965 - 1968	329	28	8,5	185	56,2	116	35,3	-	-
	gepflanzt 1965 - 1968	918	281	30,6	443	48,2	187	20,4	7	0,8
	Stand 31. 5. 1968	7 531	1 333	17,7	4 038	53,6	2 139	28,4	21	0,3
Rheinhausen-Pfalz	Stand 31. 12. 1964	34 020	16 650	48,9	14 172	41,7	1 481	4,4	1 716	5,0
	gerodet 1965 - 1968	3 146	1 664	52,9	1 194	38,0	130	4,1	158	5,0
	gepflanzt 1965 - 1968	6 803	3 385	49,8	2 788	41,0	266	3,9	364	5,3
	Stand 31. 5. 1968	37 677	18 371	48,8	15 766	41,8	1 617	4,3	1 922	5,1
Rheinland-Pfalz	Stand 31. 12. 1964	48 091	19 178	39,9	20 927	43,5	6 081	12,6	1 904	4,0
	gerodet 1965 - 1968	3 843	1 739	45,2	1 518	39,5	421	11,0	165	4,3
	gepflanzt 1965 - 1968	8 517	3 877	45,5	3 557	41,8	683	8,0	400	4,7
	Stand 31. 5. 1968	52 765	21 316	40,4	22 966	43,5	6 343	12,0	2 139	4,1



Rebsorte	Rheinland-Pfalz						Regierungsbezirk		
							Koblenz	Trier	Rheinh.-Pfalz
	1964		1968		Veränderung		1968		
	ha	%	ha	%	ha	%			
Silvaner	15 918	33,1	15 336	29,1	- 582	- 3,7	7,9	0,1	92,0
Riesling	12 853	26,7	13 522	25,6	669	5,2	30,7	40,9	28,4
Müller-Thurgau	10 821	22,5	13 387	25,4	2 566	23,7	10,6	7,4	82,0
Blauer Portugieser	4 618	9,6	4 655	8,8	37	0,8	3,5	0,0	96,5
Morio-Muskat	1 050	2,2	1 453	2,8	403	38,4	1,7	0,3	98,0
Elbling	1 061	2,2	1 120	2,1	59	5,6	17,9	82,1	-
Scheurebe	324	0,7	792	1,5	468	144,4	13,1	1,2	85,7
Ruländer	223	0,5	736	1,4	513	230,0	4,5	0,4	95,1

Rebstöcke anzugeben. Die Auskunftspflicht bestand für Inhaber von Weinbaubetrieben mit 10 Ar und mehr Rebfläche sowie mit weniger als 10 Ar, wenn sie Trauben, Most oder Wein verkauften.

### 1. Bestockte Rebfläche

Am 31. Mai 1968 belief sich die bestockte Rebfläche zur Keltertraubenerzeugung in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 52 800 ha gegenüber 48 100 ha Ende 1964. Diese Zunahme von 4 700 ha (10%) ergibt sich aus 3 800 ha Rodungen und 8 500 ha Anpflanzungen. Von dem Anstieg entfielen allein 3 700 ha auf den Bezirk Rheinhessen-Pfalz, jedoch nur 430 bzw. 600 ha auf die Bezirke Koblenz und Trier. Die relativen Zunahmen betrugen für Rheinhessen-Pfalz 11% gegenüber 6 bzw. 8% für Koblenz und Trier. In ihrer Verteilung auf die einzelnen Jahre zeigten die Anpflanzungen seit 1965 allgemein eine steigende Tendenz, was nicht zuletzt auch eine Folge der in jüngster Zeit in stärkerem Maße durchgeführten Flurbereinigungsmaßnahmen gewesen sein mag. Im Zusammenhang mit der vergrößerten bestockten Rebfläche irgendwelche Rückschlüsse auf die Ausweitung des gesamten Reblandes zu ziehen, wäre falsch. Diese war in Rheinland-Pfalz nach den Unterlagen der Bodennutzungserhebung noch nicht halb so groß wie bei der bestockten Rebfläche nach dem fortgeschriebenen Kataster. Der überwiegende Teil der Zunahme stammt nämlich aus der Bepflanzung von vorhandener Rebbrache. Darüber hinaus dürften auch die bestockten Flächen am Ende einer Pflanzzeit, in diesem Fall im Mai 1968, zwangsläufig größer gewesen sein als während einer Rodungsperiode, also im Dezember 1964. Nähere Angaben über die Entwicklung der Rebbrache lassen sich jedoch nicht machen, da sich die Fortführung des Weinbaukatasters ausschließlich auf die bestockten Flächen bezieht.

Die Lagegestaltung spielt im Weinbau sowohl für die Qualität des Mostes als auch für arbeitswirtschaftliche Überlegungen eine entscheidende Rolle, wobei die Vorteile günstiger klimatischer Bedingungen oftmals durch die Nachteile eines unverhältnismäßig höheren Arbeitsaufwandes aufgewogen werden können. Nach den Ergebnissen von 1964 lagen 40% der bestockten Rebfläche in der Ebene, 44% am Hang mit Steigungen zwischen 5 und 20%,

13% in Steillagen mit einem Steigungsmaß von über 20% und 4% auf Hochebenen. Von den seit 1964 neu- und wiederaufgebauten Rebflächen befanden sich dagegen 46% in Flachlagen, 42% in Hanglagen, 8% in Steillagen und 5% auf Hochebenen. Die hierin zum Ausdruck kommende und nicht immer als positiv für den Qualitätsweinbau anzusehende Bevorzugung der Flachlagen bei den neubegründeten Rebflächen zeigt sich ganz deutlich in den nördlichen Weinbaugebieten, wo sich ihr Anteil an der gesamten Keltertraubenfläche im Bezirk Koblenz von 20 auf 21%, im Bezirk Trier sogar von 16 auf 18% erhöhte. Der Prozentsatz der in diesen Gebieten besonders verbreiteten Steillagen sank zugleich in Koblenz von 36 auf 34% und in Trier von 30 auf 28%. In Rheinhessen-Pfalz, wo ohnehin die Hälfte der Bestände in der Ebene stockt, führten die Anpflanzungen zu keiner merklichen Veränderung in der Lagegestaltung.

### 2. Rebsorten

Neben der Lagegestaltung der Rebflächen hat vor allem auch die Sortenwahl entscheidenden Einfluß auf die Qualität des Weines. Ihre ständige Beobachtung ist daher von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Nach den Ergebnissen der Fortführung des Weinbaukatasters ist die mit Silvaner - als der in Rheinland-Pfalz verbreitetsten Sorte - bestockte Rebfläche seit Ende 1964 um rund 600 ha oder 3,7% zurückgegangen. Ihr Anteil an der bestockten Rebfläche des Landes nahm damit von 33% auf nunmehr 29% ab. Bei der Reblandermittlung des Jahres 1960 waren noch 41% der Ertragsrebfläche mit Silvanerreben bestanden. Diese rückläufige Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen, wie aus den von Jahr zu Jahr zurückgehenden Anpflanzungen geschlossen werden kann. Die beiden anderen wichtigen Weißweinsorten Riesling und Müller-Thurgau haben dagegen Ausweitungen erfahren, die jedoch bei letzterer mit fast 24% ungleich größer waren als beim Riesling (+ 5,2%). Von den 670 ha, die mehr mit Riesling bepflanzt wurden, entfielen etwa zwei Drittel auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Hier erreichte auch die relative Zunahme mit + 14% einen wesentlich höheren Wert als in den traditionellen Anbaugebieten der Bezirke Koblenz und Trier. Seit 1964 hat sich der Flächenanteil des Rieslings von



Bestockte Rebfläche nach Pflanzjahren und Regierungsbezirken 1964 und 1968

Regierungsbezirk	Jahr	Insgesamt	Pflanzjahr						
			vor 1935	1935	1945	1955	1959	1962	1965
				1944	1954	1958	1961	1964	1968
		ha	%						
Koblenz	1964	7 129	19,4	13,4	22,9	19,2	16,6	8,5	-
	1968	7 557	15,4	11,8	21,0	17,8	15,5	8,0	10,5
Trier	1964	6 942	40,9	7,2	10,5	13,3	17,4	10,7	-
	1968	7 531	34,5	6,1	9,5	12,0	15,9	9,8	12,2
Rheinhausen-Pfalz	1964	34 020	11,6	8,5	26,0	25,0	17,8	11,1	-
	1968	37 677	7,1	5,8	21,3	21,8	15,9	10,0	18,1
Rheinland-Pfalz	1964	48 091	17,0	9,0	23,3	22,4	17,6	10,7	-
	1968	52 765	12,2	6,7	19,5	19,9	15,8	9,7	16,2

27 auf 26% vermindert. Bei der Rebsortenermittlung 1960 nahm er noch 29% der Ertragsfläche in Anspruch.

Mit 2 600 ha wies der Müller-Thurgau, ein Kreuzungsprodukt von Riesling und Silvaner, die absolut größte Flächenzunahme auf, womit knapp ein Drittel aller in den Jahren 1965 bis 1968 in Rheinland-Pfalz getätigten Pflanzungen auf diese Sorte kam. Auffallend ist ihre besondere Beliebtheit vor allem im Regierungsbezirk Trier, wo sie bisher an der Mosel nur sehr wenig verbreitet war, ihre Fläche seit 1964 jedoch um gut die Hälfte ausgedehnt wurde gegenüber nur jeweils knapp einem Viertel in Koblenz und Rheinhausen-Pfalz. Im Land nimmt der Müller-Thurgau, der wegen seiner früheren Reife und höheren Erträge geschätzt wird, nach dem kräftigen Aufschwung der vergangenen Jahre nunmehr ein Viertel der gesamten Keltertraubenfläche ein und wird bei fortschreitender Entwicklung - was nach den von Jahr zu Jahr kontinuierlich angestiegenen Flächen vermutet werden muß - den Riesling in allernächster Zeit überflügeln. In den Bezirken Koblenz und Trier konnten bereits die hier bisher an zweiter Stelle rangierenden Sorten Silvaner und Elbling auf den dritten Platz verwiesen werden. Seit 1960 ist der Flächenanteil der Müller-Thurgau-Rebe beständig von 14% über 23% im Jahre 1964 auf heute 25% angewachsen.

Weitere bedeutende Flächenzunahmen konnten für die im südlichen Regierungsbezirk anzutreffenden und durchaus als wertvoll zu bezeichnenden Sorten Ruländer (510 ha), Scheurebe (470 ha) und Morio-Muskat (400 ha) verzeichnet werden. Hierdurch haben sich die Anbauflächen für den Ruländer (740 ha) mehr als verdreifacht, bei der Scheurebe sind sie um mehr als das Doppelte auf 790 ha und beim Morio-Muskat um mehr als ein Drittel auf 1 450 ha gestiegen. Auf Grund der nur noch unbedeutenden Zunahme des zur Qualitätsweinerzeugung ungeeigneten Elblings (+ 59 ha) ist der Morio-Muskat damit zu einer der vier wichtigsten Weißweinsorten des Landes geworden.

Im Gegensatz zu den Weißweinsorten zeigte die Rotweinfläche seit 1964 ungleich geringere Zunahmen. So übertrafen bei der in Rheinland-Pfalz verbreitetsten Rotweinsorte, dem Portugieser, die Anpflanzungen die Rodungen nur um rund 40 ha, was zu einer Abnahme des Anteils an der Keltertrau-

benfläche von 9,6 auf derzeit 8,8% führte. Nach der Rebsortenermittlung 1960 beanspruchte diese Sorte noch 10% der gesamten Ertragsrebfläche. Die mit dem nur begrenzt vorkommenden Spätburgunder bestockten Flächen vergrößerten sich um rund 50 ha auf 253 ha.

### 3. Altersgliederung

Die seit Ende 1964 vorgenommenen Rodungen und Anpflanzungen von Weinbergen trugen neben einer Sortenverschiebung auch gleichzeitig zu einer erfreulichen Bestandsverjüngung bei den Rebflächen des Landes bei. Von den rund 3 800 ha Rodungen entfielen knapp die Hälfte (1 700 ha) auf Weinberge, die vor 1935 bepflanzt worden waren, weitere 800 ha stammten aus den Jahren zwischen 1935 und 1944, 900 ha aus den Nachkriegsjahren bis 1954. Selbst von den 1955 und später aufgebauten Flächen kamen noch rund 400 ha zur Rodung. Dies dürfte jedoch weitgehend eine Folge von Flurbereinigungsmaßnahmen gewesen sein. Betrachtet man die Verhältnisse in den einzelnen Regierungsbezirken so zeigt sich, daß sich in Koblenz und Trier etwa zwei Drittel aller Rodungen auf vor 1935 angepflanzte Bestände erstreckten, während in der Pfalz und in Rheinhausen bei dem mit den verbreiteten Flach- und Hanglagen verbundenen schnelleren Umtrieb zwischen 1935 und 1954 bepflanzte Flächen die Hälfte aller Rodungen ausmachten.

Im Mai 1968 waren 12% der Keltertraubenfläche in Rheinland-Pfalz über 33 Jahre alt gegenüber noch 17% bei Einrichtung des Weinbaukatasters Ende 1964. Im Regierungsbezirk Trier entfielen 35%, in Koblenz 15% und in Rheinhausen-Pfalz nur 7% auf diese Altersklasse. Rebstöcke mit einem Alter von 23 bis 33 Jahren standen auf 7% der Rebfläche, 1964 nahmen sie noch 9% ein. Jeweils 20% (1964: 23 bzw. 22%) der Rebstöcke zählten zu den Pflanzjahren 1945 bis 1954 sowie 1955 bis 1958. Rund 16% wiesen ein Alter von 7 bis 9 Jahren und 10% ein solches von 4 bis 6 Jahren auf. Für die seit 1964 erstellten Junganlagen errechnet sich ein Anteil von 16% an der gesamten mit Keltertrauben bestockten Fläche. Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Pflanzrate von rund 4% gegenüber 3,5% für die Jahre von 1962 bis 1964, 5,9% für die Jahre zwischen 1959 und 1961 und 5,6% für 1955 bis 1958.

Dipl.-Landwirt W. Lauer



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968			1969				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 335	3 635	3 632	3 634	3 637	3 654	3 657	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 568	2 141	2 998	2 062	2 434	2 250	3 205	2 098	2 624
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	9,2	7,0	9,7	6,9	7,9	7,5	10,3	7,0 <sup>p</sup>	8,5 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 123	4 878	5 242	4 515	5 047	4 660	4 470	4 493	5 177 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	18,4	16,1	17,0	15,1	16,3	15,5	14,4	15,0	16,7 <sup>p</sup>
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>3)</sup>	Anzahl	3 014	3 685	3 506	3 267	3 354	3 798	3 513	3 397	3 590 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	10,8	12,2	11,4	10,9	10,9	12,6	11,3	11,3	11,6 <sup>p</sup>
* Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	200	118	131	126	134	96	106	121	...
* je 1 000 Lebendgeborene	a.T.	39,0	24,2	25,0	27,9	26,6	20,6	23,7	26,9	...
* Geburtenüberschuß	Anzahl	2 109	1 193	1 736	1 248	1 693	862	957	1 096	1 587 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	7,6	3,9	5,6	4,2	5,5	2,9	3,1	3,6	5,1 <sup>p</sup>
<b>Wanderungen</b>										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 505	9 092	8 471	7 015	10 104	10 751	8 978	...	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	"	8 211	8 735	8 202	7 019	8 717	9 323	7 594	...	...
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 294	357	269	- 4	1 387	1 428	1 384	...	...
* Binnenwanderung <sup>4)</sup>	"	9 508	11 172	10 661	9 321	12 396	11 382	10 063	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	1 000	44,1	18,3	13,2	11,2	9,4	6,6	5,3	4,9	4,7
* Männer	"	35,8	14,5	9,5	7,8	6,4	4,5	3,3	2,9	2,7
<b>Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe</b>										
Bauberufe	Anzahl	2 727	890	231	197	157	129	79	68	57
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	17 668	2 253	562	401	252	331	137	116	99
Offene Stellen	"	14 493	9 911	7 907	6 592	5 262	3 420	2 726	2 614	2 350
Männer	"	7 719	19 460	20 132	21 219	22 480	31 392	33 207	34 845	35 532
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe	"	3 950	10 430	10 268	11 029	12 238	18 788	19 605	21 403	22 093
Bauberufe	"	386	342	472	379	366	404	398	367	489
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	1 218	1 911	1 998	2 217	2 352	2 978	2 987	3 051	3 026
	"	2 989	9 405	9 368	10 094	11 219	16 406	17 669	19 233	20 223
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand 5)</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	694	755	.	784	.	.	.	778	.
* Milchkühe	"	327	294	.	301	.	.	.	295	.
* Schweine	"	659	787	.	814	.	.	.	736	.
* Zuchtsauen insgesamt	"	42	65	.	71	.	.	.	69	.
* Trächtige Zuchtsauen	"	24	39	.	43	.	.	.	43	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren 6)</b>										
* Rinder (ohne Kälber)	"	17	19	18	15	19	18	17	17	18
* Kälber	"	10	4	5	3	4	3	3	3	2
* Schweine	"	93	105	107	85	105	98	96	100	89
* Hausschlachtungen	"	28	25	23	11	12	20	14	10	8
<b>Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 7)</b>										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,2	11,7	12,2	10,5	13,1	11,2	11,6	12,1	11,6
* Kälber	"	4,1	4,8	4,9	4,1	5,0	4,6	4,6	4,6	4,7
* Schweine	"	0,4	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
	"	5,6	6,6	7,0	6,1	7,7	6,4	6,7	7,3	6,6
<b>Milcherzeugung</b>										
* Kuhmilcherzeugung	"	69	88	105	98	92	91	100	95	92
* Milchlieferungen an Molkeereien	%	63,8	76,6	78,5	79,0	77,7	76,9	80,2	80,8	80,2
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	6,7	9,8	11,4	11,0	10,0	10,4	11,0	10,8	10,1

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. - 5) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 6) Gewerbliche und Hauschlachtungen. - 7) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
<b>Industrie und Handwerk</b>										
<b>Industrie 1)</b>										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	2 933	3 022	3 024	3 021	3 012	3 004	2 995	2 998	2 990
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	336	368	364	364	368	382	382	382	388
* Arbeiter 2)	"	274	278	274	275	278	289	288	289	294
* Geleistete Arbeiterstunden 3)	Mill. Std.	47	44	45	39	46	46	45	44	48
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	144	350	341	349	357	375	384	403	408
* Löhne (Bruttosumme)	"	104	232	231	230	240	249	259	268	276
* Gehälter (Bruttosumme)	"	40	118	110	119	117	126	125	135	132
* Kohleverbrauch	1 000 tSKE 4)	279	128	124	113	118	127	112	121	122
Gasverbrauch	Mill. Nm 3	41	41	44	39	41	33	31	32	32
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	160	147	133	133	169	151	144	145
* Stromverbrauch	Mill. kWh	367	695	690	668	705	708	714	715	750
* Stromerzeugung 5)	"	138	311	293	270	268	311	293	295	300
* Umsatz 6) 11)	Mill. DM	789	1 773	1 760	1 561	1 824	1 996	1 945	1 952	2 152
* Auslandumsatz	"	126	408	383	354	400	468	456	460	483
<b>Index der industriellen Produktion 7)</b>										
Gesamtindustrie	1962=100	70	164	166	173	158	187	191	194	179p
ohne Bauhauptgewerbe	"	70	169	168	173	160	193	195	198	183p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	70	171	170	174	161	196	197	201	186
Energieversorgungsbetriebe	"	74	137	130	134	134	145	141	141	129p
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	69	179	183	183	176	202	202	207	196
Industrie der Steine und Erden	"	78	123	147	147	145	149	163	167	163
Eisenschaffende Industrie, NE-Metallindustrie	"	69	137	150	159	137	159	163	177	160
Chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung)	"	64	212	210	206	199	235	228	232	219
Investitionsgüter	"	69	201	191	218	181	238	250	275	233
Maschinenbau	"	81	187	168	193	162	201	220	255	207
Elektrotechnische Industrie	"	61	140	129	155	124	186	186	198	174
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	65	169	169	184	158	193	206	224	195
Verbrauchsgüter 8)	"	66	140	139	135	125	169	164	152	149
Holz verarbeitende Industrie	"	58	141	134	171	124	160	165	157	130
Schuhindustrie	"	71	113	119	61	103	144	119	70	115
Textilindustrie	"	84	160	149	158	141	222	214	231	201
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	145	141	147	137	149	154	155	137
Bauhauptgewerbe	"	57	134	155	175	147	155	173	170	154
<b>Handwerk</b>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Mai 1962=100	.	105	.	102	.	.	.	101	.
* Umsatz 9) (einschl. Umsatzsteuer)	1962=100	.	140	.	141	.	.	.	148	.
* Handwerksumsatz 9)	"	.	140	.	137	.	.	.	140	.
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	61	234	226	166	181	247	237	...	...
Strombezug (netto)	"	318	528	522	523	606	541	552	545	...
Stromaufkommen	"	375	749	737	679	775	776	778	753	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	11	107	103	86	85	106	73	74	73
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe 10)</b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	66	90	90	91	93	92	92	93	94
Facharbeiter	"	30	48	48	51	50	49	49	52	52
Helfer und Hilfsarbeiter	"	24	28	28	27	28	29	29	27	28
* Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11	13	15	14	15	14	15	14	15
* Wohnungsbauten	"	5	5	6	6	6	6	6	6	6
Landwirtschaftliche Bauten	"	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Gewerbliche Bauten	"	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	"	4	5	6	6	7	6	6	6	7
Hochbau	"	1	1	2	2	1	2	2	2	1
Straßenbau	"	2	2	2	2	3	2	2	2	3
Sonstiger Tiefbau	"	3	2	2	2	3	2	2	2	3
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	26	76	87	81	90	89	95	93	101
* Löhne (Bruttosumme)	"	24	69	80	74	83	81	87	85	93
* Gehälter (Bruttosumme)	"	2	7	7	7	7	8	8	8	8
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	"	76	196	168	250	179	168	198	244	243

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 2) Einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - 3) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 4) 1 t Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 5) Gesamte industrielle Eigenerzeugung. - 6) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 8) Ohne Nahrungs- und Genußmittel. - 9) Vierteljahresdurchschnitt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe, ab März 1969 vorläufige Ergebnisse. 11) 1958 einschl. Umsatzsteuer; ab 1968 ohne Umsatzsteuer.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude 1)	Anzahl	1 045	1 103	1 211	926	1 506	1 254	1 183	1 231	1 360
Veranschlagte reine Baukosten	DM/cbm	56,3	108,4	109,0	107,6	112,0	112,2	110,5	112,6	113,0
Bruttowohnfläche	1 000 qm	159	198	225	183	245	230	215	225	254
* Nichtwohngebäude 1)	Anzahl	585	300	358	246	362	294	412	330	319
* Umbauter Raum insgesamt 1)	1 000 cbm	1 465	1 990	2 141	1 667	2 456	2 054	2 830	3 246	2 298
* in Wohngebäuden	"	929	1 151	1 277	975	1 434	1 231	1 236	1 296	1 373
* Wohnungen	Anzahl	2 724	2 408	2 755	2 038	2 936	2 436	2 558	2 560	2 793
* in ganzen Wohngebäuden 1)	"	2 200	2 186	2 474	1 831	2 635	2 166	2 353	2 338	2 536
<b>Baupreise 2)</b>										
Meßziffern ausgewählter Bauleistungspreise	1962=100									
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	"	.	101	101	.	.	.	101	.	.
Ziegelmauerwerk	"	.	128	128	.	.	.	133	.	.
Hohlblockmauerwerk	"	.	130	130	.	.	.	136	.	.
Leichttrennwand	"	.	126	125	.	.	.	132	.	.
Stahlbetondecke	"	.	116	115	.	.	.	121	.	.
Beton B 80 für Wände	"	.	127	126	.	.	.	133	.	.
Beton B 160 für Fundamente	"	.	114	115	.	.	.	119	.	.
Dachverbandholz liefern	"	.	102	101	.	.	.	106	.	.
Innenwandputz (Mauerwerk)	"	.	132	131	.	.	.	136	.	.
Deckenputz	"	.	132	131	.	.	.	136	.	.
Außenwandputz	"	.	141	140	.	.	.	144	.	.
Wandbekleidung (Fliesen)	"	.	119	118	.	.	.	122	.	.
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
Einzelhandel (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	96	94	94	95	96	96	95	95
Umsätze	"	.	128	126	118	129	139	144	132	146
Waren verschiedener Art	"	.	196	176	151	202	190	199	175	218
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	118	120	114	122	128	134	125	132
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	118	108	95	121	125	142	107	136
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	121	120	115	119	124	133	126	147
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	124	102	94	109	113	112	108	121
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	111	125	132	105	146	145	146	147
<b>Handel mit Berlin (West)</b>										
* Bezüge	1 000 DM	5 493	13 939	12 706	11 136	14 121	18 278	17 434	20 637	...
* Lieferungen	"	14 040	37 011	35 672	28 755	34 453	33 884	36 764	32 496	...
<b>Ausfuhr</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	145,2	446,2	424,3	368,6	491,0	535,4	524,2	497,5	575,3
Nach Warengruppen:										
* Ernährungswirtschaft	"	4,8	14,5	13,5	13,2	17,2	19,3	18,8	17,3	19,7
* Gewerbliche Wirtschaft	"	140,4	431,7	410,8	355,5	473,9	516,1	505,4	480,2	555,6
* Rohstoffe	"	5,8	8,0	9,3	7,7	9,6	9,8	9,3	10,5	9,8
* Halbwaren	"	23,1	28,4	26,3	22,5	31,3	28,1	25,3	25,4	27,0
* Fertigwaren	"	111,5	395,3	375,3	325,3	433,0	478,3	470,8	444,4	518,9
* Vorerzeugnisse	"	59,5	167,1	165,9	141,2	186,4	185,7	193,8	184,5	204,3
* Enderzeugnisse	"	52,0	228,2	209,4	184,1	246,6	292,6	276,9	259,9	314,6
Nach ausgewählten Verbrauchsländern:										
* EWG-Länder	"	41,0	167,0	154,3	141,2	178,7	209,6	202,2	205,3	231,6
Belgien-Luxemburg	"	9,5	28,9	28,3	23,4	31,6	37,0	37,3	38,7	37,8
Frankreich	"	9,6	67,0	51,0	60,7	69,7	87,9	83,8	82,3	96,8
Italien	"	9,6	34,6	35,0	29,1	38,4	43,2	41,0	44,3	53,9
Niederlande	"	12,2	36,5	40,0	28,0	38,9	41,4	40,2	40,0	43,1
* EFTA-Länder	"	36,4	98,7	96,1	82,9	105,5	106,7	110,6	100,8	116,4
Dänemark	"	3,4	11,4	11,7	8,7	9,8	10,9	13,4	10,3	11,6
Großbritannien	"	9,5	20,1	20,2	17,3	19,0	21,3	21,6	21,1	24,9
Österreich	"	6,8	19,6	18,9	15,9	21,3	22,1	22,2	18,1	24,2
Schweden	"	5,4	13,8	13,0	13,6	13,3	16,6	16,5	13,7	12,8
Schweiz	"	8,3	24,9	24,0	20,9	33,0	25,4	27,3	28,5	31,5
USA und Kanada	"	10,1	28,6	31,0	33,3	32,7	37,0	34,8	33,3	38,0
Ostblockländer	"	3,6	24,4	23,4	12,7	23,0	27,7	24,4	19,6	31,8
<b>Gastgewerbe (Meßziffern)</b>										
Beschäftigte	1962=100	.	111	113	116	118	118	121	117	118
Teilbeschäftigte	"	.	157	152	168	165	177	194	172	192
Umsätze insgesamt:	"	.	133	135	150	160	139	160	154	166
Übernachtungen	"	.	156	180	225	274	171	192	229	282
Beköstigung	"	.	131	134	147	147	138	158	150	160
<b>Fremdenverkehr in 241 Berichtsgemeinden</b>										
* Fremdenanmeldungen	1 000	167	204	218	286	349	185	265	263	341
* Auslandsäste	"	36	46	44	75	137	35	59	68	135

1) Bis Dezember 1962 ohne Gebäudeteile und Umbau ganzer Gebäude, ab Januar 1963 ohne Gebäudeteile. - 2) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968			1969				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Fremdenübernachtungen	1 000	625	764	816	1 067	1 488	638	888	1 041	1 383
* Auslandsgäste	"	68	102	84	161	341	76	120	157	351
Nach Gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	255	325	390	455	537	290	384	425	493
Luftkurorte	"	43	45	47	64	90	40	58	74	108
Sonstige	"	327	394	379	548	861	308	446	542	782
<b>Verkehr</b>										
Bundesbahn 1)										
Zugkilometer	"	2 960	2 982	2 997	3 008	3 295	2 992	3 077	3 213	3 598
Wagenachskilometer	"	104 960	119 692	123 154	126 453	134 138	124 907	128 815	131 859	149 209
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 017	1 270	1 302	1 344	1 427	1 330	1 374	1 405	1 603
Nettotonnenkilometer	"	293	377	394	387	395	409	422	414	457
Gestellte Güterwagen	Anzahl	74 911	61 288	60 636	56 282	71 190	61 684	59 951	64 083	74 248
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	1 812	3 049	3 503	3 094	3 652	3 519	3 329	3 492	3 737
* Gütereingang	"	811	1 481	1 659	1 465	1 705	1 730	1 632	1 731	1 772
* Güterversand	"	1 001	1 568	1 844	1 629	1 947	1 789	1 697	1 761	1 965
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 315	3 947	4 161	4 276	4 198	3 952	4 272	4 262	4 529
Ladung	1 000 t	2 938	2 924	3 110	3 378	3 055	3 125	3 418	3 396	3 627
Auslastungsgrad 2)	%	80	88	89	89	87	89	90	90	90
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 367	4 135	4 275	4 287	4 465	4 162	4 485	4 610	4 648
Ladung	1 000 t	893	1 608	1 821	1 629	1 748	1 537	1 726	1 717	1 749
Auslastungsgrad 2)	%	70	85	87	88	86	85	88	89	88
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 999	7 705	9 539	7 237	7 891	12 462	11 198	10 113	.
Kraftfahrzeuge (einschließlich Motorroller)	"	366	26	45	38	60	54	39	46	.
* Personenkraftwagen	"	2 840	6 047	7 660	5 629	6 273	10 066	9 064	8 049	.
* Kombinationskraftwagen	"	275	628	758	629	601	915	863	802	.
* Lastkraftwagen	"	346	499	594	504	541	695	675	655	.
Zugmaschinen	"	640	453	426	390	389	651	514	518	.
Kraftfahrzeuganhänger	"	132	255	356	340	487	452	477	415	.
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderung Personen 3)	1 000	20 118	20 888	21 465	19 554	19 529	19 828	21 428	21 496	20 844
Allgemeiner Linienverkehr	"	19 451	19 899	20 349	18 335	18 353	18 512	19 354	19 258	18 995
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	663	651	649	632	1 078	1 614	1 641	1 290
Berufsverkehr 3)	"	233	605	593	593	601	587	606	585	661
Schülerverkehr 4)	"	.	58	58	56	31	489	1 007	1 054	629
Markt- und Theaterfahrten	"	.	.	.	.	.	2	1	2	0
Gelegenheitsverkehr	"	434	326	465	571	544	238	460	597	559
Ausflugsfahrten	"	99	79	110	134	148	82	105	145	154
Ferienziel-Reisen	"	.	1	0	1	2	2	2	2	3
Mietwagenverkehr	"	335	246	355	435	394	154	353	450	402
Wagenkilometer	"	7 991	9 420	10 435	10 245	11 150	8 954	10 858	11 257	11 887
Allgemeiner Linienverkehr	"	6 338	6 462	6 614	5 943	6 590	6 146	6 438	6 369	6 757
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	1 160	1 159	1 050	1 205	1 448	1 659	1 756	1 598
Berufsverkehr 3)	"	233	1 131	1 131	1 017	1 186	1 138	1 112	1 127	1 247
Schülerverkehr 4)	"	.	29	28	33	19	307	546	627	351
Markt- und Theaterfahrten	"	.	.	.	.	.	3	1	2	0
Gelegenheitsverkehr	"	1 420	1 798	2 662	3 252	3 355	1 360	2 761	3 132	3 532
Ausflugsfahrten	"	479	566	780	955	1 091	471	791	918	1 062
Ferienziel-Reisen	"	.	34	20	61	130	64	51	69	126
Mietwagenverkehr	"	941	1 198	1 862	2 236	2 134	825	1 919	2 145	2 344
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	3 491	6 418	6 366	6 199	6 853	5 883	6 519	6 729	7 167
* Unfälle mit Personenschaden	"	1 464	1 752	1 857	1 917	2 022	1 512	1 846	1 951	2 013
Unfälle mit nur Sachschaden	"	2 027	4 666	4 509	4 282	4 831	4 371	4 673	4 778	5 154
bis 1 000 DM 5)	"	.	3 952	3 799	3 631	4 120	3 769	3 935	3 977	4 424
über 1 000 DM 6)	"	.	714	710	651	711	602	738	801	730
Getötete Personen 7)	"	68	97	104	106	105	85	76	100	125
* Verletzte Personen	"	1 913	2 490	2 597	2 775	2 939	2 238	2 690	2 806	2 878
Schwerverletzte	"	765	868	874	994	1 011	762	1 000	939	1 019
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	27 688	36 110	36 524	30 577	36 961	39 566	37 090	37 463	35 381
Gewöhnliche Paketsendungen	"	931	1 084	996	661	909	1 154	911	726	919
Telegramme	"	99	65	74	63	76	66	72	62	71
Postsparkassenverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	469 430	831 772	915 483	766 851	898 680	833 977	887 831	835 137	925 014
Lastschriften	"	460 840	832 210	919 694	758 789	898 938	834 923	884 474	825 021	933 792
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	"	5 814	10 891	11 847	9 551	15 374	11 618	10 683	12 334	15 160
Auszahlungen	"	5 296	10 430	13 178	9 492	13 144	11 251	11 653	12 144	14 161
<b>Rundfunkgenehmigungen</b>										
Tonrundfunk	1 000	818	1 064	1 053	1 054	1 054	1 076	1 078	1 078	1 080
Fernsehrundfunk	"	78	852	821	823	825	883	886	889	891

1) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 2) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe. - 3) 1958 ohne mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PBefG.). - 4) Ab Januar 1969 einschließlich freigestellter Schülerverkehr. - 5) Bei jedem der Beteiligten. - 6) Bei einem der Beteiligten. - 7) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Geld und Kredit										
Kreditinstitute 1)										
* Kredite an Nichtbanken 2)	Mill. DM	3 307	13 370	12 484	12 635	12 671	15 191	15 286	15 531	15 759
* Kurzfristige Kredite	"	1 376	3 507	3 215	3 312	3 260	3 853	3 824	3 956	4 001
* an Wirtschaft und Private	"	1 367	3 445	3 168	3 254	3 220	3 747	3 730	3 853	3 910
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	9	62	47	58	40	106	94	103	91
* Mittel- und langfristige Kredite 2)	"	1 931	9 863	9 269	9 323	9 411	11 338	11 462	11 575	11 758
* an Wirtschaft und Private 2)	"	1 551	7 507	7 030	7 089	7 163	9 207	9 315	9 409	9 582
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	380	2 356	2 239	2 234	2 248	2 131	2 147	2 166	2 176
* Einlagen von Nichtbanken	"	3 282	12 512	11 601	11 523	11 609	13 500	13 927	13 745	13 751
* Sicht- und Termineinlagen	"	1 426	4 107	3 864	3 746	3 774	4 674	5 038	4 804	4 777
* von Wirtschaft und Privaten	"	1 055	3 383	2 934	2 910	2 982	3 862	4 140	3 921	3 910
von öffentlich-rechtlichen Körperschaften	"	371	724	930	836	792	812	898	883	867
* Spareinlagen	"	1 857	8 405	7 737	7 777	7 835	8 826	8 889	8 941	8 974
* bei Sparkassen	"	1 274	5 496	5 091	5 112	5 139	5 695	5 723	5 746	5 763
* bei Kreditbanken	"	.	981	904	908	917	1 035	1 047	1 059	1 060
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	"	105	434	375	330	476	427	406	418	555
* Lastschriften auf Sparkonten	"	78	344	310	293	419	367	343	366	522
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	13	12	9	10	9	19	16	12	14
Vergleichsverfahren	"	3	2	4	1	1	-	1	2	-
Wechselproteste	"	2 860	1 969	2 181	1 971	2 184	1 901	2 030	1 967	2 166
" 4)	1 000 DM	2 017	2 772	2 760	2 519	3 048	3 073	3 928	3 772	4 035
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	49 700	147 152	98 557	248 959	91 514	102 862	114 445	245 509	155 190
* Vermögensteuer	"	2 443	7 461	19 082	962	2 770	617	20 153	1 783	1 599
* Kraftfahrzeugsteuer	"	5 495	16 625	17 311	14 635	18 369	19 894	17 563	16 806	18 795
* Biersteuer	"	3 176	5 214	4 150	5 768	6 203	4 855	5 678	6 447	5 746
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	35 809	112 710	53 221	223 330	60 411	72 361	65 204	215 255	124 080
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	"	115 170	224 120	178 538	302 480	187 522	255 205	249 883	306 856	259 463
* Umsatzsteuer 5)	"	46 123	79 516	68 863	77 467	91 664	108 827	102 138	110 504	115 147
* Umsatzausgleichsteuer 6)	"	6 102	1 766	15 324	38 024	14 574	48 812	40 975	22 705	23 253
* Beförderungsteuer 7)	"	1 582	272	106	89	114	25	26	23	82
* Zölle	"	8 704	8 129	6 973	10 745	6 545	9 226	14 933	4 855	7 460
* Verbrauchsteuern	"	32 345	45 201	54 827	37 667	38 495	46 838	54 230	44 892	41 825
* Tabaksteuer	"	18 677	6 474	7 316	2 624	5 556	4 678	8 543	3 823	7 319
* Mineralölsteuer	"	2 522	6 528	6 842	6 324	7 107	7 169	7 906	7 489	8 891
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	18 944	66 195	31 256	131 163	35 479	38 964	35 110	115 906	66 812
* Lastenausgleichsabgaben	"	6 486	5 220	13 034	1 407	1 034	1 428	13 063	967	1 201
* Steuern vom Einkommen	"	54 753	178 905	84 477	354 493	95 890	111 325	100 315	331 161	190 892
* Lohnsteuer	"	19 833	79 948	61 172	66 812	61 240	75 002	79 234	72 837	86 788
* Veranlagte Einkommensteuer	"	20 055	62 652	13 294	159 090	24 766	22 189	13 646	175 305	17 217
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 800	7 173	1 397	57 603	3 098	470	2 724	2 712	65 846
* Körperschaftsteuer	"	13 065	29 132	8 614	70 988	6 786	13 664	4 711	80 307	21 041
* Gemeindesteuereinnahmen 8)	"	83 725	196 164	.	204 013	.	.	.	208 379	.
* Realsteuern	"	76 545	181 145	.	189 230	.	.	.	189 729	.
* Grundsteuer A	"	8 599	9 541	.	11 910	.	.	.	11 106	.
* Grundsteuer B	"	15 026	26 468	.	30 737	.	.	.	29 392	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	49 114	135 495	.	137 817	.	.	.	139 797	.
* Lohnsummensteuer	"	3 806	9 641	.	8 766	.	.	.	9 434	.
* Sonstige Steuern	"	7 180	15 019	.	14 783	.	.	.	18 650	.

1) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats; anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres. Von Dezember 1968 auf Januar 1969 teilweise statistisch bedingte Zunahme infolge Neugestaltung der Bankenstatistik. - 2) Einschließlich durchlaufender Kredite; ab Januar 1969 einschließlich Landeswohnungsbaufonds der Landesbank und Girozentrale Rheinland-Pfalz. - 3) Einschließlich Zinsen. - 4) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 5) Ab 1.1.1968 einschließlich Mehrwertsteuer. - 6) Ab 1.1.1968 einschließlich Einfuhrumsatzsteuer. - 7) Nach bis zum 31.12.1967 geltenden Recht. - 8) Einschließlich Steuern der Kreise: Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968			1969				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Löhne und Gehälter 1)										
Arbeiter in der Industrie 2)										
Bruttowochenverdienste	DM	96	205	.	.	209	225	.	.	...
* Männliche Arbeiter	"	106	223	.	.	227	244	.	.	...
Facharbeiter	"	113	236	.	.	240	258	.	.	...
Angelernte Arbeiter	"	107	219	.	.	222	240	.	.	...
Hilfsarbeiter	"	87	185	.	.	191	203	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	"	61	139	.	.	141	148	.	.	...
Bruttostundenverdienste	"	2,10	4,63	.	.	4,67	5,01	.	.	...
* Männliche Arbeiter	"	2,28	4,94	.	.	4,97	5,33	.	.	...
Facharbeiter	"	2,44	5,24	.	.	5,28	5,65	.	.	...
Angelernte Arbeiter	"	2,25	4,84	.	.	4,86	5,24	.	.	...
Hilfsarbeiter	"	1,90	4,12	.	.	4,18	4,44	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	"	1,43	3,38	.	.	3,41	3,59	.	.	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,8	44,0	.	.	44,7	44,8	.	.	...
* Männliche Arbeiter	"	46,8	44,8	.	.	45,6	45,8	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	"	42,8	41,1	.	.	41,2	41,2	.	.	...
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	42,1	40,4	.	.	40,2	39,8	.	.	...
* Männliche Arbeiter	"	43,1	41,2	.	.	41,5	40,7	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	"	39,2	37,3	.	.	35,4	36,5	.	.	...
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	542	1 132	.	.	1 141	1 208	.	.	...
in der Industrie 2)	"	495	1 026	.	.	1 030	1 091	.	.	...
* Kaufmännische Angestellte	"	595	1 244	.	.	1 247	1 330	.	.	...
* Männliche Angestellte	"	377	781	.	.	786	828	.	.	...
* Weibliche Angestellte	"	648	1 312	.	.	1 329	1 406	.	.	...
* Technische Angestellte	"	665	1 349	.	.	1 367	1 446	.	.	...
* Männliche Angestellte	"	452	901	.	.	906	971	.	.	...
* Weibliche Angestellte	"	355	777	.	.	777	823	.	.	...
im Handel 3)	"	351	773	.	.	773	819	.	.	...
* Kaufmännische Angestellte	"	485	1 013	.	.	1 012	1 067	.	.	...
* Männliche Angestellte	"	279	607	.	.	606	646	.	.	...
* Weibliche Angestellte	"	438	962	.	.	965	1 027	.	.	...
in Industrie 2) und Handel 3)	"	404	877	.	.	877	934	.	.	...
zusammen	"	536	1 122	.	.	1 122	1 193	.	.	...
* Kaufmännische Angestellte	"	307	669	.	.	670	713	.	.	...
* Männliche Angestellte	"	625	1 297	.	.	1 315	1 387	.	.	...
* Weibliche Angestellte	"	646	1 335	.	.	1 353	1 428	.	.	...
* Technische Angestellte	"	418	882	.	.	888	953	.	.	...
* Weibliche Angestellte	"			.	.			.	.	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung 4)										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 021	1 069	1 065	1 065	1 067	1 088	1 090	1 088	1 090
Pflichtmitglieder	"	649	649	644	641	641	651	650	647	649
Rentner	"	227	327	328	330	332	341	342	343	343
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,5	4,6	4,0	4,0	4,2	4,9	4,1	4,2	4,6
Männer	"	4,6	4,7	4,1	4,1	4,3	4,8	4,1	4,3	4,6
Frauen	"	4,3	4,5	3,8	3,8	3,9	5,0	4,0	4,1	4,5
Soziale Rentenversicherung 5)										
Rentenempfänger	Anzahl	344 570	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeiterrentenversicherung	"	260 463	346 815	344 755	345 159	350 311	346 108	359 511	358 349	360 407
Angestelltenversicherung	"	84 107	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausgezählte Renten	1 000 DM	46 425	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeiterrentenversicherung	"	32 663	82 415	81 631	81 960	83 217	91 426	92 199	92 596	92 865
Angestelltenversicherung	"	13 762	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	38 890	15 574	11 148	9 602	7 650	6 265	4 373 <sup>x</sup>	3 963	3 576
Arbeitslosenversicherung	"	31 577	12 604	8 048	6 866	5 456	4 552	3 134	2 805	2 646
Ausgezählte Unterstützungen	1 000 DM	8 703	7 562	8 787	3 630	5 462	3 938	1 682	1 472	1 282
Arbeitslosenversicherung	"	7 369	6 510	7 191	2 822	4 267	3 124	1 305	1 186	1 059
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	231	167	.	167	.	.	.	164	.
Ausgezählte Renten	1 000 DM	18 112	30 053	30 285	30 344	30 574	28 960	29 300	29 248	29 311

1) Ab 1964 neuer Berichtskreis; daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar; Monatsdurchschnitt 1958 auf neuen Berichtskreis umgerechnet. - 2) Einschließlich Bau. - 3) Handel, Kredit und Versicherungen. - 4) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 5) Ohne Knappschaftsversicherung.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung insgesamt	1 000	54 292	60 184 <sup>P</sup>	60 067	60 115	60 165	...	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 187	36 977 <sup>P</sup>	35 581	50 883	36 919	34 839	35 559	52 696	36 253
Lebendgeborene 2)	"	75 361	80 705 <sup>P</sup>	86 166	86 516	80 046	84 439	80 433	80 063	75 961
Gestorbene 3)	"	49 784	61 042 <sup>P</sup>	59 368	57 260	54 057	68 501	61 241	58 662	56 473
Geburtenüberschuß	"	25 577	19 663 <sup>P</sup>	26 798	29 256	25 989	15 938	19 192	21 401	19 488
Arbeitslose	1 000	769	323	331	265	227	243	155	123	111
Männer	"	500	235	232	180	153	182	100	77	69
Landwirtschaft										
Schweinbestand 4)	"	14 747	18 732	.	.	19 025	19 120	.	.	19 026
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 5)	1 000 t	186	273	282	279	245	285	273	277	275
Milcherzeugung	"	1 490	1 843	2 049	2 253	2 108	1 988	2 052	2 223	2 110
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 6)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 015	7 900	7 791	7 813	7 827	8 196	8 220	8 228 <sup>P</sup>	8 250 <sup>P</sup>
Geleistete Arbeiterstunden 7)	Mill. Std.	1 139	942	931	966	860	993	995	979 <sup>P</sup>	958 <sup>P</sup>
Umsatz 8) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	18 166	36 467	34 665	36 537	33 867	40 939	40 816	40 649 <sup>P</sup>	41 610 <sup>P</sup>
Auslandsatz	"	2 698	6 660	6 338	6 629	6 218	7 835	7 799	7 717 <sup>P</sup>	8 095 <sup>P</sup>
Index der industriellen Produktion 9)										
Gesamtindustrie	1962=100	75	131	131	132	142	143	150	154	155 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	"	76	132	131	132	142	145	150	154	155 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	76	131	130	132	142	143	149	154	155 <sup>P</sup>
Energieversorgungsbetriebe	"	74	153	143	140	135	185	171	158	156 <sup>P</sup>
Bergbau	"	99	93	91	92	93	99	97	96	95 <sup>P</sup>
Verarbeitende Industrie	"	74	133	133	134	145	147	153	158	159 <sup>P</sup>
Grundstoffe und Produktionsgüter	"	71	152	152	155	162	162	170	175	181 <sup>P</sup>
Investitionsgüter	"	73	123	121	123	138	142	148	155	158 <sup>P</sup>
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	"	76	130	131	130	138	146	150	150	145 <sup>P</sup>
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	128	128	127	136	125	132	138	136 <sup>P</sup>
Bauhauptgewerbe	"	72	122	133	139	156	97	141	157	154 <sup>P</sup>
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	12 403	9 334	8 992	9 414	7 790	9 922	9 359	8 759	8 510
Braunkohlenförderung (brutto)	"	7 791	8 460	7 303	8 168	7 701	9 264	8 398	8 369	8 266
Produktion von Roheisen	"	1 645	2 526	2 379	2 572	2 359	2 855	2 640	2 768	2 818
Stahlrohblöcken	"	2 143	3 377	3 183	3 437	3 094	3 876	3 514	3 582	3 765
Walzstahlfertigerzeugnissen	"	1 470	2 381	2 259	2 446	2 153	2 756	2 554	2 536	2 632
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	8 457	16 994	15 562	15 896 <sup>x</sup>	14 226	19 939	17 956	16 965 <sup>P</sup>	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 322	1 487	1 485	1 504	1 514	1 458	...	...	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	206	220	239	218	164	...	...	...
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	1 431	3 176	2 181	2 585	3 834	2 173	...	...	...
Baugenehmigungen:										
Wohnungen	Anzahl	48 466	44 719	49 871	45 483	43 943	44 684	47 639	48 805	...
Handel										
Umsätze	1962=100	.	138	140	137	126	145	148	152	139
Waren verschiedener Art	"	.	173	170	161	138	175	170	177	155
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	137	139	141	133	142	147	152	142
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	126	137	120	104	127	134	147	118
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	132	123	130	120	133	132	140	133
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	132	109	110	104	120	118	123	114
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	118	139	137	132	159	162	157	157
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	2 594	6 765	6 604	6 761	6 051	8 218	8 313	8 097	8 196
Ausfuhr	"	3 083	8 296	7 703	8 062	7 069	9 813	9 624	9 528	9 346
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	"	489	1 531	1 100	1 301	1 018	1 595	1 311	1 432	1 149

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 5) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Inneren. - 6) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 7) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 8) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 9) Von Kalendermonatsregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe; ab März 1969 vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Verkehr</b>										
Meßziffern des Güterverkehrs (kalendertäglich)										
Eisenbahn:										
Heförderte Güter	1962=100	95	109	103	105	102	...	...	...	...
Binnenschifffahrt:										
Beförderte Güter	"	80	136	137	145	140	...	...	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	"	66	135	131	139	137	...	...	...	...
Meßziffern des Personenverkehrs (kalendertäglich)										
Eisenbahn:										
Beförderte Personen	"	124	83	82	78	83	87	85	...	...
Straßenbahnen, Obusse und Kraftomnibusse										
Beförderte Personen	"	...	89	86	88	84	88	87	88	...
<b>Geld und Kredit</b>										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	17 940	32 342	30 603	31 589	31 868	...	...	...	...
Kreditinstitute 2)										
Kredite an Nichtbanken	"	100 615	360 074	327 807	331 462	337 456	...	...	...	...
Kurzfristige Kredite	"	32 530	82 889	74 033	74 992	78 143	...	...	...	...
Mittel- und langfristige Kredite	"	68 085	277 185	253 774	256 470	259 313	...	...	...	...
Einlagen von Nichtbanken	"	82 561	283 017	250 650	252 553	255 852	...	...	...	...
Sicht- und Termineinlagen	"	46 496	119 135	100 645	101 562	104 080	...	...	...	...
Spareinlagen	"	36 065	163 882	150 002	150 990	151 772	...	...	...	...
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	48	129,6	126,7	128,3	131,5	137,6	137,5	143,4	144,6
<b>Steuern</b>										
Bundes- und Landessteuern 3)	Mill. DM	3 573	8 799	6 044	6 683	11 402	12 362	7 668	8 409	13 671
Besitz- und Verkehrsteuern	"	1 732	4 745	2 655	2 906	7 507	7 793	2 991	3 294	8 623
Steuern vom Umsatz	"	1 080	2 141	1 698	1 814	1 985	2 642	2 873	3 017	3 054
Zölle und Verbrauchsteuern	"	761	1 913	1 691	1 963	1 910	1 927	1 804	2 098	1 994
<b>Preise</b>										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4) 10)	1961/62 bis 1962/63=100	96,6	99,8	96,8	97,3	97,7	107,6	107,2 <sup>P</sup>	104,7 <sup>P</sup>	105,3 <sup>P</sup>
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 5) 10)	1962/63=100	88,1	105,9	104,8	102,3	102,4	103,7	103,5	103,4 <sup>T</sup>	103,6
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 10)	1962=100	97,2	99,3	99,1	98,9	98,9	100,2	100,4	100,6	100,8
Preisindex für Wohngebäude 6)	"	75,8	120,8	.	119,9	.	.	.	125,7	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	"	80,5	96,2	.	95,6	.	.	.	99,8	.
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938=100	183,4	229,9	229,1	229,3	230,3	234,9	235,6	236,2	237,0
"	1958=100	100	125,2	124,8	124,9	125,5	127,9	128,4	128,7	129,1
"	1962=100	92,7	116,1	115,7	115,8	116,3	118,6	119,0	119,3	119,7
Ernährung	"	93,0	110,8	111,1	111,0	112,2	113,7	114,8	115,5	116,2
Getränke und Tabakwaren	"	100,2	111,1	110,7	110,7	110,6	111,4	111,5	111,5	111,5
Wohnung	"	82,0	147,4	145,0	146,3	147,2	158,4	159,4	160,0	160,8
Heizung und Beleuchtung	"	94,6	115,6	113,3	112,9	113,3	117,4	114,7	114,3	114,8
Hausrat	"	97,7	102,6	102,6	102,5	102,7	102,7	102,7	102,8	102,8
Bekleidung	"	93,8	112,1	112,0	112,0	112,0	112,8	112,9	112,9	113,0
Reinigung und Körperpflege	"	91,6	119,9	119,4	119,5	119,5	121,2	121,3	121,4	121,3
Bildung, Unterhaltung und Erholung	"	88,6	125,3	124,8	125,1	125,0	126,8	127,0	127,3	127,4
Verkehr	"	93,2	116,6	116,2	116,2	116,2	116,7	116,7	116,7	116,7
<b>Index der Löhne in der Industrie (einschl. Bau) 9)</b>										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962=100	72,5	141,6	138,9	.	.	.	...	.	.
Weibliche Arbeiter	"	67,8	147,0	144,7	.	.	.	...	.	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	"	71,5	146,2	143,9	.	.	.	...	.	.
Weibliche Arbeiter	"	66,4	150,3	148,1	.	.	.	...	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	"	101,6	96,9	96,6	.	.	.	...	.	.
Weibliche Arbeiter	"	102,0	97,5	97,4	.	.	.	...	.	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute, einschließlich Münzumsatz; bis Juni 1959 ohne Saarland. - 2) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats, anstelle von Monatsdurchschnitts-Kontenstand am Ende des Jahres; bis 1959 ohne Saarland. - 3) Bis März 1960 ohne Saarland. - 4) Durchschnittsziffern für das Wirtschaftsjahr; berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittspreise der einzelnen Waren mit den vierteljährlichen Verkaufsmengen der Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63. - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen, bis einschließlich 1962 ohne Saarland. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens. - 9) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1960 ohne Berlin, ab 1964 mit Berlin (West). - 10) Ab 1968 Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer).



## AUSZUG AUS DEN

### VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

#### Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

#### Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170	Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963 - 1965
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

#### Unterricht und Bildung, Rechtspflege

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 4 Reihen	

#### Wahlen

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965
" .., 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" .., 24, 46, 87, 142	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

#### Landwirtschaft

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 104, 133, 140, 149, 159, 168, 185	1963, 1964, 1965, 1966, 1967
Statistische Berichte: 19 Reihen	

#### Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

\*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.



## noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 15 Reihen

## Bau- und Wohnungswesen

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161, 176, 187	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 158, 174, 183	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967

Statistische Berichte: 6 Reihen

## Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

## Öffentliche Sozialleistungen

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166, 180, 189	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967

## Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178	1961, 1962, 1964, 1966
" 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

## Preise, Löhne und Gehälter

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

## Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

## Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967  
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957  
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966  
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.